

A1 Unser Auftrag: Ein handlungsfähiger Staat für Sicherheit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und beste Bildung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Thüringen ist mehr als nur Zuhause. Wir haben die Verantwortung das Bundesland
2 zu einem Ort zu machen, an dem ökologische Nachhaltigkeit und das Gute Leben für
3 Alle miteinander vereint werden. Wir wollen, dass Thüringen ein Land ist, das
4 offen, bunt und vielfältig ist, in dem Menschen sicher leben, gerecht behandelt
5 und unseren Kindern die besten Chancen ermöglicht werden

6 Wir als SPD Thüringen nehmen uns dieser Herausforderung an. Wir stehen für ein
7 starkes, gerechtes und solidarisches Thüringen. Wir wissen: Ein besseres Land
8 entsteht nicht von allein. Es entsteht durch politische Entscheidungen, durch
9 klare Haltung und durch das Vertrauen der Menschen in einen Staat, der für sie
10 da ist und durch sie gestaltet werden kann.

11 Thüringen ist geprägt von lebendigen Städten, starken Regionen, reicher Kultur
12 und einer engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen, dass dieses Land auch in
13 Zukunft ein Ort ist, an dem Menschen sicher leben, in Würde arbeiten und ihren
14 Kindern die besten Chancen geben können. Dafür braucht es einen handlungsfähigen
15 Staat, der sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt und das Vertrauen
16 seiner Bürgerinnen und Bürger verdient.

17 Ein handlungsfähiger Staat schützt die Demokratie gegen ihre Feinde. Er
18 organisiert sozialen Ausgleich und sorgt für gerechte Lebensverhältnisse. Er
19 stellt die beste Bildung von Anfang an bereit. Und er gibt Sicherheit in allen
20 Lebenslagen.

21 Diese Sicherheit ist umfassend zu verstehen: sie bedeutet nicht nur Schutz
22 vor Kriminalität, sondern ist vor allem die Garantie von sozialer Sicherheit, ob
23 im Arbeitsleben, im Krankheitsfall oder Erwerbslosigkeit, vom Aufwachsen bis zu
24 der Rente. Nur ein Staat, der den Menschen in allen Härtefällen des Lebens
25 beiseite steht, kann gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Miteinander
26 ermöglichen.

27

28 Wir wissen, dass viele Menschen Sorgen um ihre Zukunft haben. Unsere Antwort ist
29 ein starker, demokratischer und solidarischer Staat, der handlungsfähig bleibt
und auf den sich die Bürger:innen verlassen können.

30 **Sozial gerecht, gute Arbeit und eine starke medizinische Versorgung**

31 Sozialer Ausgleich ist das Fundament einer gerechten und demokratischen
32 Gesellschaft. Er bedeutet, dass alle Menschen in Thüringen faire Chancen auf ein
33 gutes Leben haben, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort.

34 Der demografische Wandel ist mittelfristig die größte politische Herausforderung
35 unseres Landes. Er bedeutet für uns nicht bloß eine statistische Aufgabe,
36 sondern erfordert eine strategische Antwort: Wir müssen Versorgung neu denken,
37 dezentral, flexibel, generationengerecht. Es geht darum, auch bei sinkenden
38 Bevölkerungszahlen gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern. Bei uns im Osten
39 Deutschlands haben wir Erfahrungen mit epochalen Umbrüchen. Diese wollen wir
40 selbstbewusst nutzen, um Innovation voranzubringen und die solidarische
41 Organisation des Alltags zu stärken.

42 Erfahrungen mit Polikliniken oder öffentlichem Wohnungsbau bergen
43 Anknüpfungspunkte für moderne gemeinwohlorientierte Strukturen. Hier wollen wir
44 aktiv Möglichkeiten schaffen, um den Aufbau dieser Strukturen zu fördern. Diese
45 kulturellen und historischen Erfahrungen wollen wir nicht vergessen, sondern
46 konstruktiv in unsere Politik einbinden.

47 **Um dem demographischen Wandel etwas entgegensetzen zu können und die bestehende**
48 **Zwei-Klassengesellschaft aufzubrechen setzen wir uns für den Umbau unserer**
49 **sozialen Sicherungssysteme hin zu einer solidarischen Bürger:innenversicherung**
50 **ein.**

51 In einer älter werdenden Gesellschaft bedeutet soziale Sicherheit, eine
52 gesicherte Gesundheitsversorgung. Thüringen braucht leistungsfähige
53 Krankenhäuser, moderne medizinische Versorgungszentren und Anreize für
54 Ärzt:innen, im ländlichen Raum zu arbeiten. Mobile Angebote, Telemedizin und
55 regionale Gesundheitszentren müssen weiterentwickelt werden, damit die
56 medizinische Versorgung nicht von der Postleitzahl abhängt.

57 Pflege muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Wir setzen
58 uns für eine Stärkung der kommunalen Pflegeinfrastruktur ein, fördern ambulante
59 Dienste und entwickeln Pflegeberatungen weiter. Zugleich fordern wir
60 bundespolitisch eine solidarisch finanzierte Pflegebürger:innenversicherung, die
61 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zuverlässig absichert und die Finanzierung
62 gerecht auf alle Schultern verteilt. Mit einem Pflegedeckel wollen wir Familien
63 vor steigenden Kosten schützen und finanzielle Planbarkeit absichern.

64 Wir nehmen pflegende Angehörige in den Blick und wollen ihrer Arbeit mehr
65 staatliche Wertschätzung zollen. Ohne die 300.000 Menschen, die nahestehende
66 oder Angehörige häuslich pflegen, würde unser Pflegesystem kollabieren.

67 Wir nehmen ebenso die junge Generation in den Blick. Sie verdient Wertschätzung,
68 echte Chancen und verlässliche Unterstützung auf ihrem Weg in die Zukunft. Ein
69 handlungsfähiger Staat befähigt junge Menschen, statt sie zu gängeln: durch gute
70 Bildungswege sowie eine verlässliche und thüringenweit zugängliche vielfältige
71 Jugendarbeit. Wir wollen die Selbstwirksamkeit junger Menschen stärken und ihre
72 demokratische Mitbestimmung ausbauen – durch dauerhafte Beteiligungsstrukturen
73 in den Kommunen sowie eine bedarfsgerechte Förderung der offenen Jugendarbeit
74 und der Jugendverbände. Kein junger Mensch darf verloren gehen: Wir fördern,
75 begleiten und eröffnen Perspektiven, damit alle Jugendlichen in Thüringen ihr
76 Potenzial entfalten können und ein gutes Leben vor sich haben. Gerade wenn sie
77 den Weg ins Berufsleben noch nicht gefunden haben, braucht es gute Beratung und
78 Unterstützung beim Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen. Wir wissen, dass
79 praxisnahe betriebliche Trainings, Qualifizierung und soziale Begleitung wirksam
80 sind. Wir fordern deshalb eine Politik, die junge Menschen stärkt und ihnen den
81 Weg in gute Ausbildung und Arbeit wirklich eröffnet.

82 Wir benennen klar die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West. Menschen
83 in Thüringen verdienen etwa 13.500 Euro im Jahr weniger, das
84 Durchschnittsvermögen ostdeutscher Haushalte beträgt weniger als 50 Prozent im
85 Gegensatz zu westdeutschen Haushalten und Rentner:innen erhalten die niedrigsten
86 Renten bundesweit. Diese Unterschiede sind nicht hinnehmbar. Wir wollen eine
87 Debatte, die nicht die Bevölkerung, insbesondere die Ärmsten gegeneinander
88 ausspielt, sondern die Ungerechtigkeiten am oberen Ende der Gesellschaft
89 benennt. Nicht wer Bürgergeld bezieht fordert den Sozialstaat heraus. Es ist
90 sozial ungerecht, wenn Kapitaleinkünfte an den Finanzmärkten geringer besteuert
91 werden als Einkommen aus Arbeit. Deshalb fordern wir eine Korrektur hin zu einer
92 gerechten Steuerpolitik, die die höchsten Einkommen in unserem Land in
93 Verantwortung nimmt. Wir unterstützen Initiativen für eine gerechtere
94 Besteuerung von Erbschaften und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die
95 Erhebung einer Vermögensabgabe für die obersten 10% der Bevölkerung, um die
96 krisenbedingten Übergewinne abzuschöpfen und dafür zu sorgen, dass diejenigen,
97 die von den Krisen der letzten Jahre profitiert haben, ihren Anteil zu der
98 Bewältigung dieser Krisen leisten. Um dem weiteren Auseinanderdriften der Schere
99 zwischen Arm und Reich entgegenzuwirken, begleiten wir kritisch jede Reform des
100 Steuer- und Abgabenrechts.

101 Für uns gilt: Gute Arbeit heißt auch gute Bezahlung. Arbeitnehmer:innen
102 verdienen Schutz vor Ausweitung und Entgrenzung ihrer Arbeitszeiten, sie haben
103 ein Recht auf Weiterbildung und auf sichere Arbeitsbedingungen. Deshalb halten
104 wir am 8-Stunden-Tag fest. Standards dürfen nicht gesenkt werden. Es ist eine
105 sozialdemokratische Errungenschaft, mit dem Thüringer Vergabegesetz Lohndumping
106 mit Steuergeldern beendet zu haben. Eine Schleifung von Richtlinien, die

107 sicherstellen, dass bei der Vergabe von Förderungen die Tarifbindung honoriert
108 wird, lehnen wir ab. Tarifbindung darf kein Wettbewerbsnachteil sein. Die
109 Beschäftigten des Einzelhandels können sich weiter auf uns verlassen: Zwei freie
110 Samstage pro Monat bleiben gesetzlich garantiert, der Sonntag als
111 grundgesetzlicher Ruhetag unter besonderen staatlichen Schutz!

112 Der handlungsfähige Staat ist Partner der Beschäftigten, er stärkt Tarifbindung
113 und Mitbestimmung und sorgt für klare Rahmenbedingungen im Arbeitsmarkt.
114

115 Aktive Arbeitsmarktpolitik ist für uns ein zentraler Bestandteil eines
116 handlungsfähigen Staates. Sie qualifiziert Menschen, ermöglicht soziale Teilhabe
117 und sichert die Fachkräfte, die Wirtschaft und Gemeinwesen heute dringender denn
118 je benötigen. Deshalb stärken wir die aktive Arbeitsmarktpolitik in Thüringen
119 und sichern die Landesarbeitsmarktprogramme verlässlich ab. Wir wollen LAT- und
120 Integrationsangebote dauerhaft auskömmlich finanzieren und damit echte
121 Qualifizierungswege, verlässliche Beratung und Unterstützung für benachteiligte
122 Gruppen gewährleisten. So schaffen wir Perspektiven, verhindern unsichere und
123 instabile Beschäftigung und sichern jene Fachkräfte, die Thüringen in Zukunft
124 braucht.

125 Ein handlungsfähiger Staat sorgt für faire Verteilung. Er stärkt
126 Arbeitnehmer:innen im Tarifkampf, schafft klare Regeln gegen Lohndumping und
127 organisiert Umverteilung, damit Leistungsgerechtigkeit nicht nur ein Schlagwort
128 bleibt.

129 **Thüringen – sicher und demokratisch**

130 Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit, Demokratie und Vertrauen in
131 staatliches Handeln. Wer sich nicht sicher fühlt, verliert Vertrauen in das
132 Gemeinwesen. Öffentliche Sicherheit bedeutet für uns: eine bürgernahe,
133 handlungsfähige Polizei, ein starkes Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz
134 und eine funktionierende Verwaltung, die den Menschen dient. Sicherheit bedeutet
135 aber auch den Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden.

136 Wir wollen die Polizei in Thüringen weiter personell und technisch stärken.
137 Mindestens 360 Polizeianwärter:innen jährlich sind erforderlich, um die
138 Sicherheit in Stadt und Land durch angemessene Präsenz gewährleisten zu können.
139 Dabei wollen wir den zukünftigen Ordnungshüter:innen beste Bedingungen bieten.
140 Hybride Unterrichtsformen für die Anwärter:innen können allenfalls eine
141 Notlösung sein. Moderne Ausrüstung ist dabei selbstverständlich. Dazu gehören
142 eine gute Schutzausrüstung, digitale Einsatztechnik und auch Hubschrauber, die
143 nicht nur für polizeiliche Aufgaben, sondern auch im Katastrophenschutz, etwa
144 bei Waldbränden, unverzichtbar sind. Polizei muss sichtbar und ansprechbar
145 bleiben, vor allem in der Fläche.

146 Mit der Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) setzen wir einen
147 entscheidenden Meilenstein für mehr Sicherheit im Freistaat. Wir schaffen ein
148 modernes Instrumentarium, das gezielt Opfern von Gewalt – insbesondere Frauen,
149 die von häuslicher Gewalt oder Femizid bedroht sind – frühzeitig Schutz bietet.
150 Gleichzeitig gewährleisten wir hohe rechtsstaatliche Standards, um Freiheit und
151 Sicherheit in einem verantwortungsvollen Gleichgewicht zu sichern.

152 Neue Bedrohungslagen entstehen zunehmend im digitalen Raum. Cyberangriffe aus
153 dem Ausland, gezielte Desinformationskampagnen oder Internetbetrug gegenüber
154 älteren Menschen gefährden die Sicherheit unserer Gesellschaft. Wir wollen daher
155 die Cyberabwehr in Thüringen weiter ausbauen, Polizei und Justiz mit modernsten
156 Möglichkeiten der digitalen Forensik ausstatten und Aufklärung sowie Prävention
157 gegen Betrug im Netz stärken.

158 Sicherheit bedeutet auch Prävention. Wir setzen uns für die Sicherung
159 bestehender sozialer Programme ein. Maßnahmen wie die Förderung von
160 Demokratieprojekten, Suchthilfen u.a. fördern unser friedliches Zusammenleben,
161 geben den Menschen Halt und ermutigen Sie zum selbstermächtigten Handeln.

162 Sicherheit bedeutet auch den Schutz unserer Demokratie. Die größte Gefahr für die
163 geht von der extremen Rechten und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, aus. Der
164 Thüringer Verfassungsschutz hat klar benannt, dass die AfD in unserem Land eine
165 gesichert rechtsextreme Partei ist. Wir stehen deshalb an der Seite von
166 Innenminister Georg Maier und unterstützen seine klare Linie: Wer die Demokratie
167 angreift, wer Hass sät und Gewalt vorbereitet, darf nicht Teil des
168 demokratischen Systems sein. Sobald die dafür gebildete Bund-Länder-
169 Arbeitsgruppe die Erfolgsaussichten eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD
170 geprüft und das Verfahren vorbereitet hat, muss dieses vor dem
171 Bundesverfassungsgericht geführt werden.

172
173 Auch zunehmender Antifeminismus bedroht unsere Demokratie und stellt hart
174 erkämpfte Frauenrechte in Frage, er schafft ein Einstiegstor in rechte
175 Weltbilder und baut Brücken zwischen extrem konservativen Haltungen und rechten
176 Ideologien. Wir stellen uns klar gegen jede Form gruppenbezogener
177 Menschenfeindlichkeit, auch Antifeminismus. Die vollständige Gleichstellung der
178 Geschlechter ist und bleibt unser Ziel, mit der SPD wird es keine Rolle
179 rückwärts geben.

180 Zugleich braucht es einen starken Verfassungsschutz, der konsequent gegen die
181 Gegnerinnen und Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung vorgeht, die
182 Zivilgesellschaft im Kampf gegen die extreme Rechte unterstützt und auch die
183 Bedrohung durch religiösen Extremismus und Spionage im Blick behält.
184 Demokratiearbeit darf nicht auf Projektförderung beschränkt bleiben. Wir fordern
185 deshalb ein Demokratiefördergesetz, das Initiativen gegen Hass, Hetze und
186 Rechtsextremismus dauerhaft finanziell absichert.

187 Auch zukünftig stehen wir fest an der Seite der Organisationen und Initiativen,
188 die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft einsetzen und so einen
189 unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Wir verteidigen sie
190 gegen Angriffe und sichern ihre Arbeit im Landeshaushalt finanziell ab.

191 **Beste Bildung für eine gute Zukunft**

192 Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, individueller
193 Entfaltung und wirtschaftlicher Stärke. Sie beginnt in den Kindergärten und muss
194 allen Kindern gleiche Chancen eröffnen.

195 Die SPD hat einen Rettungsplan gegen drohende Kindergartenschließungen
196 vorgelegt. Kleine Einrichtungen im ländlichen Raum sollen zusätzliche Mittel
197 erhalten, die Personalkostenförderung wird im kommenden Jahr auf dem Niveau von
198 2025 fortgeschrieben und jährlich 15 Millionen Euro werden für die
199 multifunktionale Nutzung von Kindergärten bereitgestellt. Ab 2027 sollen weitere
200 Verbesserungen der Personalschlüssel für eine verlässliche Berufsperspektive der
201 Erzieher:innen sorgen. Damit sichern wir wohnortnahe Kindergärten und geben
202 Kindern, Familien, Kommunen und Beschäftigten Planungssicherheit.

203

204 Wir entwickeln die Kita-Sozialarbeit weiter, indem wir sozialpädagogische
205 Fachkräfte in Kindergärten stärken und dauerhaft verankern, um Familien
206 frühzeitig zu unterstützen und allen Kindern bessere Chancen im Bildungsalltag
207 zu eröffnen.

208 Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen, deshalb bleibt unser Ziel die
209 vollständige Abschaffung von Kindergärten- und Hortgebühren und ein kostenloses
210 Mittagessen in Kita und Grundschule für jedes Kind.

211 Schule ist dann erfolgreich, wenn alle Kinder ihre Potenziale entfalten können.
212 Wir treten deshalb entschieden gegen Angriffe auf die Thüringer
213 Gemeinschaftsschule ein. Studien zeigen, dass längeres gemeinsames Lernen zu
214 mehr Bildungserfolg führt. Die Gemeinschaftsschule ist deshalb fester
215 Bestandteil der Thüringer Schullandschaft. Wir wollen sie stärken und ausbauen.
216 Konkret bedeutet das: Unterstützung von Vor-Ort-Initiativen zur Gründung von
217 Gemeinschaftsschulen, spezielle Weiterbildungsangebote für Lehrer:innen für
218 binnendifferenziertes Lehren und Lernen sowie für weitere reformpädagogische
219 Schulkonzepte, differenzierte Pädagog:innenzuweisung gemäß am jeweiligen
220 Sozialraum orientierter Bedarfe und der individuellen pädagogischen Konzepte der
221 Schulen sowie eine wissenschaftliche Begleitung der Thüringer
222 Gemeinschaftsschule und der klassischen Schularten. Ideologische Vorbehalte
223 schaden dem Bildungserfolg unserer Kinder.

224 Beste Bildung bedeutet, dass Schule vielfältig ist und unterschiedliche
225 pädagogische Ansätze Raum haben. Es gibt nicht die eine richtige Schule.

226 Entscheidend ist, dass jedes Kind seine beste Schule findet. Deshalb setzen wir
227 uns für moderne Lernformen, multiprofessionelle Teams und den Ausbau von
228 Ganztagschulen weiter ein.

229

230 Wir stärken die Schulsozialarbeit flächendeckend, bauen sie bedarfsgerecht aus
231 und sichern ihre Finanzierung mit dem Landesprogramm dauerhaft auskömmlich ab,
232 damit alle Schülerinnen und Schüler verlässliche Unterstützung im Schulalltag
233 erhalten und ihre Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg wachsen.

234 Bildung endet nicht mit der Schule. Weiterbildung ist ein Recht, das allen
235 offenstehen muss. Berufsschulen, Hochschulen, Erwachsenenbildungsstätten und
236 andere Bildungseinrichtungen müssen gestärkt, modernisiert und digital besser
237 ausgestattet werden. Die Digitalisierung bietet große Chancen für die
238 Erwachsenenbildung, aber dafür braucht es verlässliche Förderstrukturen des
239 Landes. Lebenslanges Lernen ist ein zentrales Element für sozialen Aufstieg und
240 Fachkräftesicherung.

241 Teil der Rahmenvereinbarung VI für die Hochschulfinanzierung in Thüringen muss
242 eine dynamische Grundfinanzierung bleiben. Wir setzen uns für wettbewerbsfähige
243 Hochschulen ein, die gute Lehre und beste Wissenschaft ermöglichen.

244 **Jugend in Thüringen**

245

246 **Junge Menschen müssen in Thüringen gut aufwachsen können, müssen sich entfalten**
247 **und ausprobieren dürfen. Sie bei dieser Entwicklung zu unterstützen, ist uns ein**
248 **wichtiges Anliegen. Um die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu sichern**
249 **setzen wir uns weiterhin für ein öffentliches Nahverkehrsticket zum Preis von**
250 **maximal 28 Euro pro Monat für alle Jugendlichen unter 28 Jahren ein, um eine**
251 **kostengünstige Mobilität aller jungen Menschen zu ermöglichen. Außerdem sichern**
252 **wir bestehende Vergünstigungen für junge Menschen für kulturelle**
253 **Veranstaltungen, Museen und Ausstellungen ab. Auf Bundesebene setzen wir uns für**
254 **die Fortführung des Kulturpasses für alle Jugendlichen ab 14 Jahren ein.**

255 **Wir erkennen die aktuell bestehende Überlastung im Studierendenwerk an und**
256 **setzen uns dafür ein, dass das Studierendenwerk mehr Personalstellen erhält, um**
257 **die Bafög-Anträge der Studierenden schnell bearbeiten zu können.**

258 **Auf uns ist Verlass**

259 Deutschland steht inmitten großer Debatten. Die Menschen erwarten verlässliche
260 Politik, die ihre Sorgen ernst nimmt und ihre Lebensgrundlagen sichert. Die SPD
261 behält dabei die Beschäftigten im Blick, die jeden Tag hart arbeiten und eine
262 verlässliche soziale Absicherung verdienen. Sozialleistungen sind keine Almosen,
263 sondern erarbeitete Ansprüche von Millionen Menschen, die über Jahrzehnte
264 Beiträge gezahlt haben. Deshalb setzen wir uns entschieden dafür ein, das

265 Rentenniveau zu sichern und eine Anhebung des Renteneintrittsalters abzulehnen.

266 Ein handlungsfähiger Staat braucht ein stabiles finanzielles Fundament, um in
267 die Zukunft investieren zu können. Wir brauchen einen aktiven und investierenden
268 Staat, der Impulse für die Wirtschaft schafft und die Sparpolitik hinter sich
269 lässt. Es darf nicht der Vorwand der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit
270 genutzt werden, um soziale Absicherung abzubauen. Unter dem Deckmantel einer
271 Sozialreform wird kein deutsches Auto mehr in der Welt verkauft.
272 Zukunftsfähigkeit entsteht durch Innovation, Investitionen und verlässliche
273 Rahmenbedingungen für Arbeit und Wirtschaft.

274 Unser parlamentarischer Auftrag bleibt der Kampf für unsere Demokratie. Wir
275 arbeiten nicht mit der AfD zusammen und bilden auch keine Mehrheiten mit ihr.
276 Dafür stehen wir als SPD im Thüringer Landtag: Wir sind der Garant für
277 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine Politik, die die Menschen in Thüringen
278 schützt und zusammenhält.

A2 Unser Weg zu einer schlagkräftigen Mitgliederpartei Mehr Basis. Mehr Debatte. Mehr Kampagne.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Aus Niederlagen erwächst neuer Mut

2 Das Jahr 2024 hat die SPD Thüringen auf eine harte Probe gestellt.
3 Kommunalwahlen, Europawahl, Landtagswahl und die vorgezogene Bundestagswahl im
4 Frühjahr 2025 verlangten uns alles ab. Die Ergebnisse sind eine historische
5 Herausforderung: das schlechteste Landtagswahlergebnis Thüringens, das
6 schlechteste Bundestagswahlergebnis der SPD, der Verlust von zwei Landtags- und
7 drei Bundestagsmandaten. Für unseren kleinen Landesverband ist das ein
8 schmerzlicher Einschnitt.

9 Die Sozialdemokratie will Deutschland besser und gerechter machen. Dieses Ziel
10 braucht Kraft und Verantwortung. Verantwortung, die die SPD auf Landes- und
11 Bundesebene übernimmt, denn nur wer Verantwortung trägt, kann gestalten, kann
12 verändern, kann Zukunft sichern. In einer Welt im Wandel mit Klimakrise,
13 kriegerischen Konflikten, wachsender Ungleichheit und neuen Machtverschiebungen
14 braucht es Antworten, die Mut machen, Haltung vermitteln und Perspektiven
15 eröffnen. Das neue Grundsatzprogramm der Bundespartei ist ein wichtiger Schritt
16 auf diesem Weg. Es ist das Fundament, auf dem wir unsere inhaltliche Erneuerung
17 bauen.

18 Doch inhaltliche Erneuerung ist nur ein Teil der Antwort. Der ganze Schlüssel
19 zum Erfolg im Wahljahr 2029 liegt auch in der Kraft unserer Strukturen, in
20 unserer Kampagnenfähigkeit und unserer Fähigkeit, alle Mitglieder mitzunehmen
21 und neue zu gewinnen.

22 Mehr Basis – Kraft aus der Mitte

23 Ortsvereine sind das Herz der SPD. Mitglieder treffen sich, diskutieren über
24 alle politischen Themen, werden Freunde, gewinnen neue Unterstützerinnen und
25 Unterstützer, organisieren Aktionen und stellen Kandidierende auf. Die
26 Lebendigkeit unserer Ortsvereine ist fest verbunden mit der Stärke der SPD
27 Thüringen.

28 Wir brauchen engagierte und aktive Mitglieder, damit unsere Ortsvereine
29 handlungsfähig und stark sind. Die Kleinteiligkeit unserer Strukturen steht dem
30 oft im Weg. Wir müssen zusammenführen, bündeln, neue Anlaufstellen schaffen und
31 aktive Mitglieder stärken. Alte und neue Mitglieder sollen dort willkommen sein,
32 wo sie mitmachen und Verantwortung übernehmen wollen.

33 Unsere Kreisverbände tragen die Verantwortung, ihre Ortsvereinsstrukturen zu
34 prüfen und zusammenzuführen. Maßgabe soll dabei eine Richtgröße von mindestens
35 15 Mitgliedern im Ortsverein sein. Der Landesverband unterstützt sie dabei
36 organisatorisch.

37 Ehrenamtliches Engagement ist das Rückgrat unserer Partei. Es verdient
38 Anerkennung und Wertschätzung. Wir wollen uns nicht auf bestehenden
39 Gremienstrukturen ausruhen sondern neue Vernetzungsformen schaffen, die dem
40 Kommunikationstempo der heutigen Zeit gerecht werden. Der erste Schritt ist die
41 Einführung einer regelmäßigen Austauschmöglichkeit zwischen Vertretern der
42 Kreis- und Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Fraktionsvorstand und
43 Landesvorstand. Dazu kommen digitale Kommunikationskanäle, die schnelle und
44 unkomplizierte Abstimmungen ermöglichen.

45 **Mehr Debatte – Vielfalt als Stärke**

46 Die SPD lebt von ihren Mitgliedern und ihrer politischen Debatte. Politik wird
47 gemeinsam gemacht, getragen von einer offenen, vielfältigen und lebendigen
48 Diskussionskultur. Die Partei soll ein Raum sein, in dem verschiedene Meinungen,
49 Erfahrungen und Visionen Platz haben.

50 Gemeinsam mit unseren Arbeitsgemeinschaften haben wir, bspw. mit der Arbeits-
51 und Gesundheitskonferenz, begonnen solche Räume zu schaffen. Diese Formate sind
52 erste Schritte hin zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Mitgliedern,
53 Experten und gesellschaftlichen Akteuren. Sie sind zentraler Bestandteil für die
54 Inhalte unseres Landtagswahlprogramm 2029 und damit die Basis für gute Politik
55 und unseren Erfolg.

56 Das Angebot inhaltlicher Debatten soll ausgeweitet und stärker in die Fläche
57 Thüringens getragen werden. Die Landesgeschäftsstelle wird weiter die
58 Kreisverbände mit monatlichen Themenschwerpunkten und begleitendem Material
59 unterstützen. Ziel ist es, Veranstaltungen und Aktionen vor Ort zu fördern.
60 Zudem wird die Landesgeschäftsstelle einen Veranstaltungskatalog entwickeln, der
61 Formate, Themen, Referierende und Moderationsangebote bündelt, um die
62 Organisation inhaltlicher Veranstaltungen zu erleichtern. Unsere Ortsvereins-
63 und Kreisvorsitzende rücken wir näher an unsere Mandatsträger:innen heran. Sie
64 erhalten direkte Kommunikationsmöglichkeiten mit deren Büros. So können
65 Veranstaltungen bürokratiearm und effizient geplant werden.

66 Parteitage bleiben der zentrale Ort der politischen Willensbildung, das

67 Herzstück unserer Parteiarbeit und die unmittelbare Möglichkeit für Engagement
68 und Mitarbeit unserer Mitglieder an der Beschlussfassung politischer Inhalte und
69 Standpunkte. Parteitage müssen die Vielfalt der Mitgliedschaft widerspiegeln und
70 Raum für intensive, offene Debatten bieten. Ein Parteitag soll für jeden
71 Delegierten ein Highlight sein, eine besondere Verantwortung für seinen
72 Kreisverband. In der Realität ist es für viele Delegierte ein Balanceakt
73 zwischen ehrenamtlicher Parteiarbeit und Verpflichtungen für Familie, Verein
74 oder Haushalt nach einer anstrengenden Arbeitswoche. Die Delegiertenzahl wird so
75 angepasst, dass Parteitage keine Routineveranstaltungen sind, sondern Chancen
76 für Engagement und Mitgestaltung. Die bessere regionale Rotation der Parteitage
77 stärkt die Sichtbarkeit und Verankerung der SPD in ganz Thüringen.

78 Der Landesvorstand wird zum Motor für eine neue Führungskultur. Er trifft mutige
79 und schlagkräftige Entscheidungen und übernimmt Verantwortung. Jedes Mitglied
80 des Landesvorstands bekommt die Patenschaft für einen oder mehrere
81 Kreisverbände. So entsteht eine direkte, lebendige Verbindung zwischen
82 Landesebene und Basis. Diese neue Kultur der Offenheit und Kommunikation stärkt
83 den Zusammenhalt und macht die SPD Thüringen beweglich und zukunftsfähig.

84 **Mehr Kampagne – sichtbar, laut, erfolgreich**

85 Nur wer sichtbar und handlungsfähig ist, kann Wahlen gewinnen. Die
86 organisatorischen Erneuerungen stärken die Kampagnenfähigkeit der SPD Thüringen.
87 Die Landesgeschäftsstelle wird modernisiert und digitalisiert, damit mehr Zeit
88 für inhaltliche, strategische und kommunikative Arbeit bleibt und weniger
89 Aufwand für Verwaltung notwendig ist.

90 Hauptamtliche Strukturen sind ein unverzichtbarer Bestandteil moderner
91 Parteiarbeit. Sie ermöglichen Planungssicherheit, organisatorische
92 Professionalität und Verlässlichkeit. Doch sie können und sollen ehrenamtliches
93 Engagement nicht ersetzen. Denn eine lebendige Mitgliederpartei lebt von der
94 Beteiligung vieler. Sie lebt von persönlicher Ansprache, vom Einsatz vor Ort,
95 von Kreativität, Motivation und politischer Leidenschaft.

96 Wahlkämpfe sind für die SPD nicht nur Phasen gesteigerter Sichtbarkeit, sondern
97 auch Momente gelebter Solidarität und gemeinsamer Verantwortung. Wir wollen aus
98 Überzeugung und Haltung in Wahlkämpfen für unsere Inhalte Mehrheiten erkämpfen.
99 Es ist nicht unser Anspruch, politische Wirkung einzukaufen.

100 Dienstleistungsunternehmen können vieles leisten aber sie können nicht das
101 ersetzen, was unsere Mitglieder aus Überzeugung leisten: Gespräche an der
102 Haustür, Präsenz auf der Straße, Überzeugungskraft im persönlichen Kontakt.

103 Auch in Zukunft wird die SPD Thüringen mit begrenzten hauptamtlichen Ressourcen
104 auskommen müssen. Umso mehr ist eine aktive, engagierte und gut organisierte
105 Mitgliedschaft der Schlüssel zu erfolgreichen Wahlkämpfen und einer starken
106 Parteiorganisation.

107 Damit uns das besser gelingt werden bürokratische Hürden auf Kreis- und
108 Ortsebene abgebaut. Moderne Kommunikationsmittel eröffnen neue Freiräume für
109 politische Arbeit und Mobilisierung.

110 Die Option der freiwilligen Fusion von Kreisverbänden wird genutzt, um
111 schlagkräftige, effiziente Strukturen zu schaffen. Die Jusos zeigen seit
112 mehreren Jahren eindrucksvoll, wie erfolgreiche regionale Verbandsarbeit
113 gelingt.

114 Die SPD Thüringen will zur attraktivsten Mitgliederpartei werden, die sichtbar
115 auf der Straße präsent ist, die begeistert, verbindet und Menschen für soziale
116 Gerechtigkeit und Zusammenhalt gewinnt. Sie wird ein Motor gesellschaftlicher
117 Debatten in Thüringen sein.

118 **Aufbruch jetzt**

119 Die SPD Thüringen stellt sich den Herausforderungen der Zeit mit Zuversicht und
120 Entschlossenheit. Dieser Antrag bietet eine klare Perspektive und einen
121 konkreten Fahrplan für die organisatorische Erneuerung. Mehr Basisorientierung,
122 mehr Debattenkultur und mehr Kampagnenfähigkeit sind die tragenden Säulen, um in
123 Zukunft wieder mit starken, gemeinsamen Themen sichtbar und erfolgreich zu sein.

124 Mut, Zusammenhalt und Tatkraft werden den Weg weisen. Die SPD Thüringen wird nur
125 dann erfolgreich sein, wenn alle mit anpacken, jeder Kreisverband, jeder
126 Ortsverein und jedes Mitglied. Die Erneuerung ist kein Selbstzweck, sondern eine
127 Bewegung für eine starke, lebendige und moderne Partei, die in Thüringen
128 Verantwortung übernimmt und die Gesellschaft positiv verändert.

B4 Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung (BLF)

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, den Thüringer Sonderweg in Form der
2 Besonderen Leistungsfeststellung (BLF) an den Thüringer Gymnasien und
3 Gemeinschaftsschulen aufzugeben. Wir wollen, dass Gymnasiast:innen künftig mit
4 der erfolgreichen Versetzung in die 11. Klassenstufe automatisch den
5 Realschulabschluss erhalten. Damit soll die systematische Benachteiligung durch
6 die fehlende Anerkennung und die zusätzliche Belastung der Thüringer
7 Absolvent:innen beendet werden. Außerdem würde der personelle und
8 organisatorische Mehraufwand durch diese Zusatzprüfung entfallen und in diesem
9 Kontext insbesondere die Lehrkräfte entlastet werden.

10 Daher fordern wir die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag auf, einen
11 Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes zu erarbeiten und in
12 den Landtag einzubringen. In die Erarbeitung sollen die Landeselternvertretung
13 und die Landesschülervertretung eingebunden werden.

14 Dieser soll die beiden folgenden Punkte enthalten:

- 15 • die ersatzlose Streichung der BLF an den Thüringer Gymnasien und
16 Gemeinschaftsschulen und
- 17 • die Bescheinigung eines Realschulabschlusses für Gymnasiast:innen, die von
18 der 10. in die 11. Klassenstufe versetzt werden.

B6 Gemeinschaftsschulen stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen beschließt, auf die Umsetzung der folgenden Maßnahmen
2 hinzuwirken und fordert die Landtagsfraktion der SPD auf, folgende Maßnahmen
3 umzusetzen, beziehungsweise auf deren Umsetzung durch das für Bildung zuständige
4 Ministerium hinzuwirken:

1. Bewahrung der rechtlichen Grundlage

6 Schulkonferenzen und Lehrkräfte müssen weiterhin die Freiheit haben, die Schule,
7 den Schulalltag und den Unterricht so zu gestalten, wie es das pädagogische
8 Konzept der Schule fordert. Das beinhaltet unter anderem die Festlegung ob und
9 wie

- 10 • Leistung bewertet wird,
- 11 • Rückmeldung zum Sozial- und Arbeitsverhalten gegeben wird und
- 12 • Versetzungsentscheidungen getroffen werden.

2. Weiterbildung von Lehrkräften

14 Die pädagogischen Konzepte der TGS, insbesondere derer mit reformpädagogischem
15 Konzept, erfordern gesonderte Fähigkeiten. Lehrkräfte müssen entsprechend in
16 diesen ausgebildet werden. Insofern müssen alle Lehrkräfte, sowie
17 Quereinsteiger:innen die an TGS und reformpädagogischen Schulen unterrichten
18 wollen, Fortbildungen erhalten, um zum Beispiel qualitativ hochwertigen
19 binnendifferenzierten Unterricht geben zu können, oder gemäß dem „Jenaplan“-
20 konzept unterrichten zu können. Langfristig soll das LeASt. auf ein
21 stufenbasiertes statt schulartbasiertes System umgestellt werden.

3. Entlastung von Lehrkräften

23 Um angesichts des Lehrkräftemangels die Lehrkräfte, die wir haben, zu entlasten,
24 müssen ihnen Verwaltungsaufgaben abgenommen werden. Dazu müssen Schulen Stellen
25 für Schulverwaltungskräfte erhalten, die Lehrkräfte bei organisatorischen
26 Aufgaben unterstützen sollen. Zur pädagogischen Unterstützung müssen auch
27 ausreichend Stellen für Schulsozialarbeiter:innen und Schulassistentenkräfte zur
28 Verfügung stehen.

29 **4. Personelle Ausstattung der TGS**

30 Um den pädagogischen Konzepten von TGS gerecht zu werden, sind ausreichend
31 Stunden sowohl im Unterricht als auch für außerunterrichtliche Aufgaben
32 notwendig. Daher dürfen die Richtwerte zur Berechnung der Wochenstunden für
33 Lehrkräfte nicht weiter abgesenkt werden. Guter Unterricht, ein guter
34 Schulalltag und vor allem Schulentwicklung sowie der Ausbau der
35 Unterrichtsqualität muss mehr Kapazitäten erhalten – nicht weniger.

36 **5. Datengestützte Schulentwicklung**

37 Die Vorteile der verschiedenen Schulformen müssen wissenschaftlich evaluiert
38 werden. Die Schularten beziehungsweise reformpädagogischen Konzepte, die die
39 besten Ergebnisse erzielen müssen ausgebaut werden. Hierbei sind neben der
40 Leistung der Schüler:innen auch deren soziale Kompetenzentwicklung, psychische
41 Gesundheit und Bildungsgerechtigkeit zu berücksichtigen.

C1 Feministische Arbeitsmarktpolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen setzt sich für eine vollumfängliche Umsetzung einer
2 feministischen Arbeitsmarktpolitik ein. Hierzu zählen in Thüringen insbesondere
3 folgende konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen:

4 **1. Unbefristete Verstetigung und flächendeckender Ausbau**

5 **derpraxisintegrierten Ausbildung (PiA)** sowie Ausbau dieses Angebots an
6 staatlichen Fachstellen sowie staatlich anerkannten Ersatzschulen

- 7 • Erzieher*innen müssen landesweit und vollumfänglich von der PiA Gebrauch
8 machen können. Denn es entbehrt jeder Logik, dass Ausbildungsberufe, die
9 den Menschen dienen und – wie in diesem Fall – dafür sorgen, dass Eltern
10 überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nicht nur grundsätzlich
11 nicht vergütet werden, sondern Auszubildende dieser Berufe sogar darüber
12 hinaus Schulgeld zahlen müssen. Insbesondere Frauen sind hierdurch doppelt
13 benachteiligt. Denn sie sind überproportional in den wichtigen sozialen
14 Berufen tätig sind UND deutlich häufiger abhängig davon, dass ihre Kinder
15 gut in Kindertagesstätten betreut werden, damit sie selbst einer
16 (Vollzeit)Erwerbsarbeit nachgehen können.

17 **2. Auszubildenden- und Studierendenwohnheime** mit einem (Jugend-
18)Schutzkonzept, der insbesondere den **Schutz von jungen Frauen und INTA-**
19 **(Intergeschlechtlichen, Nonbinären, Transgender- und Agender-)Personen**
20 vorsieht.

21 **3. Ausbau des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes:**

22 Ausweitung auf schulisch Auszubildende & einen vollen Anspruch von 5 Tagen
23 für alle Auszubildenden

24 Außerdem muss die Gesetzgebung und -umsetzung insgesamt echte und wirksame
25 Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und im
26 Privatleben schaffen. Dafür soll unter anderem **Checkverfahren – auf Landes- und**
27 **Bundesebene** eingeführt werden, welches alle geplanten Gesetze, Verordnungen und
28 Regelungen der Länder oder des Bundes unter gleichstellungspolitischen Aspekten

29 prüft. Das Instrument des Checkverfahrens, wie es im Übrigen die DGB-Frauen
30 längst fordern, ist eine Voraussetzung, um Diskriminierungen von Frauen sichtbar
31 zu machen und sie zu beseitigen.

32 Neben den landespolitischen Maßnahmen, die die SPD-Thüringen verfolgt, wird sie
33 sowohl innerhalb der SPD sowie in der Regierung auf Bundesebene eine
34 feministische Arbeitsmarktpolitik vertreten, aktiv politische Mehrheiten für
35 dieses Vorhaben gewinnen und auf die Umsetzung folgender Regelungen & Gesetze
36 hinwirken:

37 **1. Stärkung der partnerschaftlichen Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit:**

- 38 • fünfzehntägige vollbezahlte Partnerschaftsfreistellung nach Geburt eines
39 Kindes
- 40 • Erhöhung der Partnermonate in der frühen Familienphase
- 41 • Entgeltersatzleistung für Pflegende, die ihre Erwerbstätigkeit kurzfristig
42 unterbrechen oder längerfristig reduzieren müssen
- 43 • Anreize für eine geschlechtergerechte Inanspruchnahme von Pflegezeiten
- 44 • Ausweitung und umfangreiche Finanzierung von ganztägigen
45 Kinderbetreuungseinrichtungen inklusiver auskömmlicher
46 Personalbemessungsgrenze & der entgeltlichen wie sonstigen Aufwertung der
47 Sozial- und Erziehungsberufe

48 **2. Kinderkrankengeld erweitern:**

- 49 • Ausgleichszahlung von 100 %
- 50 • Langfristig einen Anspruch auf 15 Tage pro Kind & pro Elternteil
51 (beziehungsweise 30 Tage pro Kind bei Alleinerziehenden)
- 52 • Analog zu §9 BurlG soll der Urlaub von Beschäftigten, deren Kinder im
53 Urlaub erkranken, durch die Vorlage eines entsprechenden ärztlichen
54 Zeugnisses nicht angerechnet werden (verfallen)

- ### 55 **3. Stärkung der Tarifbindung** mit dem Ziel der flächendeckenden Anwendung von 56 Tarifverträgen – denn wo Tarifverträge gelten sind die 57 Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer & die 58 Arbeitsbedingungen besser

- 59 4. **geringfügige Beschäftigung** muss ab der ersten Arbeitsstunde
60 sozialversicherungspflichtig werden
- 61 5. **Ausweitung der Mindestausbildungsvergütung** auch für Auszubildende in einer
62 schulischen Berufsausbildung, denn junge Frauen absolvieren deutlich
63 häufiger eine schulische Ausbildung als junge Männer, die eher eine duale
64 Berufsausbildung absolvieren.
- 65 6. **Souveräne Arbeitszeitgestaltung:**
- 66 • Rechtsanspruchs der Beschäftigten auf die Gestaltung der Dauer, Lage und
67 Rhythmus der vertraglich geregelten Arbeitszeit sowie auf die Wahl des
68 Arbeitsortes
 - 69 • Ausweitung des Anwendungsbereichs der Brückenteilzeit, um auch Frauen in
70 kleinen und Kleinstbetrieben nicht länger vom Recht auf befristete
71 Teilzeit auszuschließen
- 72 7. **Geschlechtergerechtes Steuerrecht umsetzen:**
- 73 • Beseitigung der deutlichen steuerlichen Mehrbelastung von
74 Alleinerziehenden
 - 75 • ersatzlose Abschaffung des sogenannten Ehegattensplittings, insbesondere
76 der Möglichkeit der Steuerklassenkombination III/V
 - 77 • Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag
- 78 8. **Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes** hinsichtlich der Integration von
79 Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und sexueller Belästigung am
80 Arbeitsplatz sowie Verpflichtung der Arbeitgeber*innen ein gewalt- und
81 belästigungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen
- 82 9. Umsetzung einer **geschlechtergerechten** (nicht geschlechterstereotypen)
83 **Arbeitsvermittlung** & verstärkte Einbeziehung von Frauen in qualitativ
84 hochwertige Arbeitsverhältnisse und Maßnahmen sowie Fort- und
85 Weiterbildungen

C10 Dem Schleifen des Sozialstaats entschlossen entgegenzutreten, dem Kälte-Kanzler den Kampf anzusagen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Friedrich Merz und seine (C)DU haben den „Herbst der Reformen“ ausgerufen, denn
2 der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, sei mit dem, was wir
3 volkswirtschaftlich leisten, angeblich nicht mehr finanzierbar. Laut Millionär
4 und Kurzstreckenflieger Merz würden wir seit Jahren über unsere Verhältnisse
5 leben.

6 „Bullshit!“ sagte Bärbel Bas und wir sagen: “Richtig so!” Der Sozialstaat ist
7 kein „nice-to-have“, keine Bonusleistung des Staates, sondern eine
8 verfassungsrechtlich gesicherte Pflicht des Staates und eine der größten
9 Errungenschaften unserer Gesellschaft. Die SPD kämpft dafür gemeinsam mit den
10 Gewerkschaften seit Jahrzehnten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, für den
11 Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu streiten. Für uns ist klar: Was wir
12 uns nicht leisten können, sind 249 Milliarden, die in Luxus leben, den wir alle
13 erwirtschaftet haben. Wie sie ruhig schlafen können und meinen, sie hätten ihren
14 Wohlstand verdient, während fast 3 Millionen Kinder in Deutschland in Armut
15 aufwachsen, ist uns unverständlich. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit
16 werden wir niemals akzeptieren.

17 Wir erleben zunehmend Angriffe auf unsere sozialen Sicherungen: Das Bürgergeld
18 soll weg, die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden und die Rente sollen wir
19 am Besten nie durch die fortwährende Erhöhung des Eintrittsalters nie erreichen.
20 Kaum machen Meldungen über den hohen Krankenstand von Arbeitnehmer:innen in
21 Deutschland die Runde, wittern die Arbeitgeber:innen Morgenluft und fordern eine
22 Begrenzung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Arbeit und noch mal mehr
23 Arbeit gelten als Heilsbringer: Mehr Arbeit soll zu gesellschaftlichem Aufstieg
24 und wirtschaftlichem Wachstum führen. An der aktuellen wirtschaftlichen Flaute
25 seien wir alle schuld, weil wir schlichtweg zu wenig leisten würden. Ein Blick
26 auf die Zahlen allerdings zeigt, um bei Bärbel Bas zu bleiben: Das ist Bullshit!
27 In Deutschland wird so viel gearbeitet wie noch nie. Derzeit sind rund 46
28 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig - ein Höchststand seit der
29 Wiedervereinigung.

30 Und auch wenn Bärbel Bas den Vorschlägen des Kanzlers, den Sozialstaat zu
31 kürzen, zunächst eine Absage erteilt, kündigt sie eine weitere Nullrunde im
32 Bürgergeld und härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen an. Damit gibt
33 sie Wasser auf die Mühlen der Reaktionären und Rechten, von AfD, CDU und FDP,
34 die fernab von Fakten immer wieder den Sozialneid schüren: Das Bürgergeld sei
35 viel zu hoch, würde Zuwanderung anlocken, Faulheit belohnen, Arbeit unattraktiv
36 machen. Angeblich würden die Kürzungen der Bezüge im Bürgergeld ein erhebliches
37 Sparpotenzial darstellen – ein Blick in den Haushalt dagegen zeigt: Die Ausgaben
38 für das Bürgergeld stellen lediglich sieben Prozent des Haushalts dar. Um es mit
39 Bärbel Bas' Worten zu sagen: Auch die Nullrunde im Bürgergeld ist schlichtweg:
40 Bullshit!

41 Anfang 2026 soll die „Neue Grundsicherung“ in Kraft treten, bei der die Rückkehr
42 zum „Vermittlungsvorrang“ im Fokus stehen soll. Erwerbslose sollen
43 schnellstmöglich wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, anstatt zielgerichtet
44 und nachhaltig weitergebildet und dann erst vermittelt zu werden. Die zu
45 befürchteten „Drehtüreffekte“ von kurzfristiger Beschäftigung und
46 darauffolgender Erwerbslosigkeit im Wechsel werden ausgeblendet, denn „auch
47 einfache Tätigkeiten können ein Sprungbrett sein“, so die Arbeitsministerin - in
48 der Realität sind sie es aber oft nicht. Denn sobald die „einfache Tätigkeit“
49 wegautomatisiert oder weggekürzt wird, steht die Person wieder vor dem Nichts.
50 Um den Vermittlungsvorrang durchzusetzen, sollen die Sanktionen drastisch
51 verschärft werden. Wer wiederholt „zumutbare Arbeit“ verweigert, soll das
52 Bürgergeld weitestgehend gestrichen bekommen. Ausgenommen davon sind nur die
53 Kosten für Unterkunft und Heizung. Das ist ebenfalls schlichtweg Bullshit, sogar
54 verfassungswidriger Bullshit! Denn dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den vom
55 Bundesverfassungsgericht 2019 als verfassungswidrig verurteilten
56 Leistungskürzungen um mehr als 30 Prozent.

- 57 • **Die geplante „neue Grundsicherung“ lehnen wir entschieden ab.** Als SPD
58 sagen wir klar: Wir wollen eine **sanktionsfreie Grundsicherung**, die allen
59 Menschen echte Sicherheit gibt, indem sie Armut zuverlässig verhindert.
60 Grundsicherung bedeutet für uns nicht bloß Existenzminimum, sondern ein
61 selbstbestimmtes Leben mit **gesellschaftlicher Teilhabe**.
- 62 • Statt der Wiederbelebung des Vermittlungsvorrangs fordern wir die
63 Bundesregierung dazu auf, die **nachhaltige Qualifizierung der**
64 **Leistungsbeziehenden und einen Umgang auf Augenhöhe in den Mittelpunkt der**
65 **Vermittlung** zu stellen, um eine reelle Chance auf eine Reintegration in
66 den Arbeitsmarkt zu gewährleisten anstatt eine Vermittlung um jeden Preis
67 zu forcieren.
- 68 • Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Vertreter:innen der SPD
69 in der Regierung sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
70 die **Einführung von Totalsanktionen zu verhindern** und diesen eine **klare**

71 **Absage** zu erteilen!

- 72 • **Wir fordern außerdem endlich die Einführung einer echten**
73 **Kindergrundsicherung!** Mit dem Scheitern der Ampel-Koalition scheiterten
74 auch die längst verabredeten Bestrebungen, eine Kindergrundsicherung zu
75 schaffen, die diesen Namen verdient. Wir fordern deswegen die SPD-
76 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer
77 Kindergrundsicherung einzusetzen! Kinder müssen konsequent aus der
78 elterlichen Grundsicherung herausgelöst werden. Sie dürfen nicht länger
79 Teil der Bedarfsgemeinschaften sein. Kinder haben ein eigenes Recht auf
80 soziale Sicherheit, unabhängig von den Lebensumständen ihrer Eltern. Diese
81 Grundsicherung muss armutsfest sein, Teilhabe garantieren und allen
82 Kindern einen guten Start ermöglichen. Kinderarmut ist kein Zufall,
83 sondern das Ergebnis eines ungerechten Systems, das sozioökonomische
84 Ungleichheit von Generation zu Generation weitergibt. In einem der
85 reichsten Länder der Welt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Wir sagen klar:
86 Armut darf nicht vererbt werden. Es darf nicht länger sein, dass reiche
87 Familien über Kinderfreibeträge privilegiert werden, während arme Kinder
88 mit zu wenig abgespeist werden. Wir wollen die **Streichung der**
89 **Kinderfreibeträge** und fordern stattdessen eine solidarische Finanzierung
90 der Kindergrundsicherung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der
91 Herkunft nicht über die eigene Zukunft entscheidet. Dafür ist die
92 Einführung einer Kindergrundsicherung für uns der entscheidende Schritt.

93 80 Prozent der Menschen im Bürgergeld macht es Angst, wie Politiker:innen
94 derzeit über sie sprechen. Nicht mal jede:r Zehnte von ihnen hat das Gefühl,
95 Politiker:innen hätten ein realistisches Bild davon, wie es ihnen geht. In der
96 Realität verzichten mehr als die Hälfte der Leistungsbeziehenden selbst auf
97 Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können.

98 Die gesellschaftliche Debatte findet aber fernab von dieser Realität, dem
99 täglichen Verzicht, der psychischen Belastung, der Angst und der Scham, der
100 Stigmatisierung und den schlechten Erwerbssaussichten statt. Sie zielt
101 stattdessen auf die sogenannten "Totalverweigerer" und Leistungsmissbrauch ab.
102 Auch Bärbel Bas spricht von „mafiösen Strukturen“, die es zu „zerschlagen“
103 gelte. Dabei gibt es keine Datengrundlage, die den behaupteten organisierten
104 Sozialleistungsbetrug als strukturelles Problem belegt. Der Anteil der
105 sogenannten "Totalverweigerer" beläuft sich auf etwa 14.000 Menschen. Aktuell
106 beziehen in Deutschland 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, darunter Kinder und
107 Jugendliche, Kranke und Pflgende, Erziehende und Arbeitende, die durch das
108 Bürgergeld ihren geringen Lohn aufstocken. Der Anteil der sogenannten
109 "Totalverweigerer" ist mit 0,25 Prozent der Leistungsbeziehenden verschwindend
110 gering. Aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ging außerdem hervor,
111 dass es im letzten Jahr etwa 421 Fälle von „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“
112 gab - das entspricht 0,008 Prozent der Leistungsbeziehenden. Anstatt das Märchen
113 des Sozialbetrugs weiter zu befeuern, müssen wir das Augenmerk auf den

114 tatsächlich stattfindenden systematischen Missbrauch unseres Systems richten:
115 der Kampf gegen Steuervermeidungsstrategien von Vermögenden, die Bekämpfung der
116 Cum-Ex-Geschäfte oder die leichte Vermeidbarkeit der Erbschaftsteuer sind gute
117 Ausgangspunkte. Diese fehlgeleitete Debatte ist politisches und
118 gesellschaftliches Gift. Sie schürt Misstrauen, versucht Kürzungen bis unter das
119 Existenzminimum zu rechtfertigen und delegitimiert Menschengruppen und ist
120 Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens.

121 **Alles für Alle, Alle für Alle!**

122 Wir stellen uns entschieden gegen eine Gesellschaft, in der das Recht des
123 Stärkeren gilt und jede:r gezwungen ist, nur für sich selbst zu kämpfen. Unser
124 Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander
125 Verantwortung übernehmen. Die Starken dürfen aufgrund ihrer Privilegien oder aus
126 Bequemlichkeit und Gewohnheit nicht noch weiter entlastet werden. Sie müssen
127 mehr Verantwortung tragen und jenen zur Seite stehen, die Unterstützung
128 brauchen.

129 Solidarität ist für uns kein leeres Wort, sondern der Kern eines gerechten
130 Sozialstaats. Ein solcher Staat darf niemanden stigmatisieren, sondern muss
131 allen auf Augenhöhe begegnen und verlässlich dafür sorgen, dass niemand in
132 Armut, Ausgrenzung oder Existenzangst leben muss.

133 Wir wissen: Die Realität, in der wir leben, steht dem diametral entgegen. Das
134 kapitalistische System produziert systematisch Ungleichheit, grenzt Menschen aus
135 und spaltet unsere Gesellschaft immer tiefer. Unser Verständnis des Sozialstaats
136 ist deshalb mehr als nur ein Reparaturbetrieb - er ist ein Werkzeug, um mit den
137 ausbeuterischen Logiken des Kapitalismus zu brechen.

138 Ein echter Sozialstaat ist keine Option, sondern eine Garantie. Er muss allen
139 Menschen in jeder Lebenslage ein Leben in Würde und tatsächlicher Freiheit
140 sichern. Das heißt: nicht nur Risiken abfedern, sondern echte Chancen auf
141 selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Selbst wenn man scheitert, darf das
142 nicht den Absturz ins Bodenlose bedeuten.

143 Darum gilt für uns als Partei: Ob Jobverlust, Krankheit oder jede andere
144 Veränderung des eigenen Lebens – niemand darf durchs Netz und unter das
145 Existenzminimum fallen. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, sorgt dafür,
146 dass niemand gezwungen ist, in Angst, Armut oder Abhängigkeit zu leben.

- 147
- 148 • Statt in den Chor der Angriffe der CDU auf den Sozialstaat und seiner
149 Leistungen mit einzusteigen, muss die **SPD den Sozialstaat und das System
150 der sozialen Sicherung verteidigen!** Kürzungen der öffentlichen
151 Daseinsvorsorge und Sozialabbau dürfen niemals die Antwort sein! Wir

- 152 fordern deswegen alle Mitglieder der Bundesregierung, der
153 Bundestagsfraktion und der SPD - Landtagsfraktionen dazu auf, sich an
154 dieser Scheindebatte nicht zu beteiligen, sondern eine faktenbasierte
155 Debatte zu führen. **Die SPD muss gegen die drohende Deregulierung, der
Schwächungen von Arbeitnehmer:innenrechten und Gewerkschaften eintreten!**
- 156 • **Wir müssen die Sozialversicherungen zu solidarischen Bürgerversicherungen
157 ausbauen!** Die jetzigen Sozialversicherungen sind ein Flickenteppich, der
158 soziale Ungleichheit zementiert: Wohlhabende kaufen sich mit privaten
159 Zusatzversicherungen aus der Solidarität frei, während prekär Beschäftigte
160 und Erwerbslose die Lasten des Systems schultern. Nur mit einer
161 solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unabhängig von
162 Erwerbsstatus, Einkommen oder Lebenslage einzahlen und den gleichen
163 Anspruch auf Absicherung erhalten, können wir dieses Klassensystem
164 aufbrechen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nichts anderes als ein
165 Schutzschild für Reiche und gehören abgeschafft. Wer mehr verdient, trägt
166 auch mehr Verantwortung. Unser Ziel ist ein System, das konsequent
167 solidarisch ist, das Privilegien der Besserverdienenden beseitigt und
168 soziale Sicherheit als gesellschaftliches Recht verankert - nicht als
169 Marktprodukt für die, die es sich leisten können.
- 170 • **Wir müssen die Arbeitslosenversicherung neu denken!** Arbeitslosigkeit ist
171 kein individuelles Versagen, sondern die direkte Folge eines
172 kapitalistischen Systems, das Menschen nach Profitlogik verwertet und
173 aussortiert. Wer in diesem System ohne Arbeit bleibt, wird stigmatisiert
174 und in die Armut gedrängt - genau das wollen wir beenden. Deshalb fordern
175 wir eine **Jobgarantie**. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Rechts,
176 jederzeit in Arbeit kommen zu können. Niemand darf mehr von der
177 Arbeitslosenversicherung in die Grundsicherung durchgereicht werden. Der
178 soziale Arbeitsmarkt und gezielte öffentliche Förderung müssen
179 sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit verfügbar ist – nicht nur für die
180 „Verwertbaren“, sondern für alle.
- 181 • **Wir müssen die Rente endlich armutsfest machen!** Die neoliberale
182 Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rente zu einem Spielball der
183 Finanzmärkte gemacht: Beitragskürzungen, Privatisierung und das Auslagern
184 von Verantwortung auf kapitalgedeckte Modelle. Das Ergebnis heißt
185 Altersarmut. Damit muss Schluss sein. Eine solidarische Gesellschaft
186 garantiert ein gutes Leben auch im Alter. Deswegen müssen wir das
187 Rentenniveau bei mindestens 53 Prozent stabilisieren und konsequent an die
188 Lohnentwicklung koppeln. Wer mehr verdient, muss endlich auch mehr
189 beitragen: Die Beitragsbemessungsgrenzen sind Privilegien für Reiche und
190 gehören abgeschafft. Gleichzeitig deckeln wir die maximal erreichbaren
191 Entgeltpunkte und führen so eine **Maximalrente** ein, die Exzesse nach oben
192 verhindert. Altersabsicherung ist kein Spielplatz für Luxus, sondern ein
193 Schutz vor Armut. Versicherungsfremde Leistungen – Grundrente, Mütterrente

194 und andere – müssen vollständig steuerfinanziert sein. Steuerzuschüsse
195 sind für uns unverzichtbar, um die Rente armutsfest zu machen.
196 Rentenpolitik darf nicht länger ein Instrument sozialer Spaltung sein.
197 Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten
198 Bürgerversicherung ausbauen: Selbstständige, Beamt:innen und alle
199 Erwerbstätigen zahlen ein. So verbreitern wir die Basis, schaffen
200 Gerechtigkeit und sichern das Solidaritätssystem. Gleichzeitig garantieren
201 wir mit einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, dass niemand im
202 Alter ins Elend fällt - egal ob durch prekäre Beschäftigung, Befristungen
203 oder Erwerbslücken. Altersarmut ist politisch gemacht - damit muss Schluss
204 sein!

- 205 • Wir erkennen an, dass unser Sozialsystem Lücken aufweist, die es zu
206 schließen gilt. Das System ist in seiner aktuellen Form nicht
207 zukunftsfähig, um den großen bevorstehenden Transformationen, wie dem
208 demographischen Wandel, trotzen zu können. Wir müssen auf diese Fragen
209 soziale und gerechte Antworten finden, die nicht darin bestehen, dass
210 Leistungsniveaus gekürzt werden. Insbesondere die
211 Generationengerechtigkeit darf dabei nicht unbeachtet bleiben.

212 Wir Jusos sind überzeugt: Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der
213 Schwächsten stehen. Unsere Partei ist aus dem Kampf um Augenhöhe zwischen
214 Arbeiter:innen und Arbeitgebenden gewachsen, um Machtungleichheiten und
215 Abhängigkeiten aufzubrechen, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen
216 und den kapitalistischen Verwertungslogiken den Kampf anzusagen. Unseren
217 Grundwerten liegt ein humanistisches Weltbild zu Grunde, in dem der Mensch
218 seinen Wert nicht erarbeiten muss, sondern ihn qua Geburt hat und ihn behält –
219 egal, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Weil wir der festen
220 Überzeugung sind: der Wert eines Menschen darf niemals an Bedingungen geknüpft
221 sein!

222 **Das Treten nach unten nutzt nur den Rechten! Deswegen: her mit der Systemfrage!**

223 Bürgergeldbeziehende werden zu Sündenböcke für die anhaltende Wirtschaftsflaute
224 gemacht. Anstatt das Vermögen der Reichen anzufassen, wälzt die Bundesregierung
225 die Verantwortung für die fehlenden Haushaltsmittel auf Erwerbslose ab. Dabei
226 sind die Einsparungen beim Bürgergeld nicht nur aus ökonomischen und moralischen
227 Gründen fragwürdig. Es werden vor allem zwei Gruppen fälschlicherweise
228 gegeneinander ausgespielt: Arbeitnehmende und Erwerbslose. Durch die geplante
229 stärkere Bestrafung von Erwerbslosigkeit und die zunehmende soziale Ächtung von
230 Betroffenen, werden konkrete Abstiegsängste geschürt, die die Abhängigkeiten der
231 Arbeitnehmenden zu Arbeitgebenden erhöhen, Jobverlustängste befeuern, Akzeptanz
232 von schlechten Arbeitsbedingungen erhöhen und so das Leben der Menschen
233 verschlechtern. Dagegen vermehren Reiche weiterhin unbekümmert ihr Geld. So darf
234 das nicht bleiben! Statt das Treten nach unten zu befeuern, muss die
235

236 Sozialdemokratie endlich die Systemfrage stellen! Es kann nicht sein, dass die
237 reichsten 10 Prozent den Großteil des privaten Vermögens besitzen, während 20%
238 der Bevölkerung kein oder sogar negatives Vermögen haben. In kaum einem anderen
europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

239 Diese Ungleichheit hilft vor allem rechten Parteien zum Wahlerfolg, die SPD hat
240 hier eine Lücke gelassen, die es zu schließen gilt. Die SPD muss sich der
241 Aufgabe annehmen, die Verteilungsfrage und die Bekämpfung der Ungleichheiten in
242 unserem Land wieder zu ihrer Aufgabe zu machen. Weil es nie dringender war, die
243 Ungleichheit endlich zu bekämpfen. Die Erzählung, dass es für echte linke
244 Politik keine Mehrheit in der Gesellschaft gäbe, ist falsch. So nehmen viele der
245 "neuen" AfD-Wähler:innen in wirtschaftspolitischen Fragen linke Positionen ein,
246 fordern eine Verringerung der Ungleichheit und einen höheren Mindestlohn. Die
247 AfD mobilisiert erfolgreich mit Ängsten und sozialer Verunsicherung. Diese
248 beruhen vor allem auf der Erfahrung von Wohlstandsverlusten, wie zur Zeit der
249 sogenannten Wende oder etwa durch plötzliche hohe Inflation. Diese Ereignisse
250 haben Zukunftsängste real werden lassen und die Schwäche der sozialen
251 Sicherungssysteme offenbart. Insbesondere die Transformationsprozesse, wie der
252 sozial-ökologische Wandel, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung, werden
253 als Bedrohung des eigenen Status quo verstanden. Transformationsängste sind
254 Brandbeschleuniger für die Stimmungsmache von rechtsaußen. Es ist deswegen
255 unsere Aufgabe als Jungsozialist:innen und Teil der Sozialdemokratie, einen
256 positiven demokratischen Zukunftsentwurf zu entwerfen, in dem die
257 sozioökonomische Absicherung insbesondere derjenigen, die vom Wandel des
258 Arbeitsmarktes betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt wird.

259 • Wir dürfen nicht länger nur über die Erhöhung der Erbschaftssteuern
260 sprechen, sondern müssen es endlich machen. Während jede achte Erbschaft
261 vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumen an die
262 oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit
263 enorm: Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben
264 höhere Erbchancen und erhalten höhere Erbsummen. Ein ganz erheblicher
265 Unterschied zeichnet sich vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland ab.
266 Mit 33 Prozent ist die Erbquote deutlich geringer als in Westdeutschland,
267 wo sie bei 49 Prozent liegt. Jetzt, wenn sogar Jens Spahn bestehenden
268 Vermögensungleichheiten in unserem Land und die Notwendigkeit der **Reform**
269 **der Erbschaftsteuer** erkannt hat, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion
270 dazu auf, **schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf** in den
271 Bundestag einzubringen, bevor Jens Spahn links an der SPD vorbeizieht.

272 • **Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!** Große Vermögen sind
273 kein privates Spielgeld, sondern gesellschaftlich geschaffene Reichtümer -
274 und sie müssen auch der Gesellschaft zugutekommen. Die Vermögenssteuer ist
275 für uns ein wichtiges Gerechtigkeitswerkzeug. Während Beschäftigte und
276 Erwerbslose jeden Euro versteuern, werden Milliardenvermögen unangetastet
277 gehortet. Damit muss Schluss sein: Dieser Reichtum muss endlich umverteilt

278 werden!

279 Klar ist: es besteht ein Haushaltsloch von etwa 30 Milliarden Euro im Haushalt
280 für 2027, das geschlossen werden muss. Dies wurzelt vor allem auf den höheren
281 Zinskosten der kriegsbedingten Staatsverschuldungen, etwa um der Corona-Pandemie
282 und der Energiekrise zu begegnen, sowie den steigenden Zinssätzen. Die
283 Zinskosten steigen bis 2029 um über 32 Milliarden Euro. Dazu kommt eine geplante
284 Schuldentilgung von 9 Milliarden Euro, insgesamt 41 Milliarden Euro. Das stellt
285 mehr als die Hälfte der Haushaltslücke von 74 Milliarden Euro in diesem Jahr
286 dar. Ein wesentlicher Teil der Haushaltslücke ergibt sich damit aus den Zins-
287 und Tilgungskosten der aufgenommenen Kredite. Dazu kommen die Ausgaben für
288 verteidigungspolitische und infrastrukturelle Sondervermögen. Das Problem liegt
289 also nicht in einem aufgeblasenen und überbordenden Sozialstaat, sondern
290 vielmehr in der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre und der
291 Herausforderungen der Zukunft.

292 Vor diesem Hintergrund ist es keine Option diese Lasten durch Leistungskürzungen
293 bei der breiten Bevölkerung und insbesondere bei denjenigen Menschen, die
294 besonderes vom Sozialstaat abhängig sind, abzuladen, während Wohlhabende und
295 Einkommensstarke von diesen Maßnahmen nicht betroffen und durch die
296 Unternehmenssteuersenkung sogar entlastet werden.

- 297 • Deswegen fordern wir die **Erhebung eines Krisen-Solidaritätszuschlags zur**
298 **Einkommens- und Körperschaftssteuer für die reichsten zehn Prozent** unserer
299 Bevölkerung! Dieser könnte schnell und unbürokratisch erhoben und an sich
300 gegebenenfalls ändernde Bedarfe angepasst werden. Die Lasten der Krisen
301 unserer Zeit müssen solidarisch von den starken Schultern getragen werden,
302 anstatt die Kettensäge an den Sozialstaat anzulegen!
- 303 • Gerade in Zeiten der Krise haben viele Unternehmen ihre Profite massiv
304 gesteigert. Energie- und Rüstungskonzerne, aber auch zahlreiche andere
305 Branchen, haben die allgemeine Inflation genutzt, um Preise weit über das
306 Notwendige hinaus zu erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der
307 Verbraucher:innen zu maximieren. Diese Gewinn-Preis-Spirale hat die
308 ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft. Wir sagen
309 klar: Diese Bereicherung auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen darf
310 nicht hingenommen werden. Übergewinne müssen abgeschöpft und zur
311 Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Unser Ziel ist eine
312 **effektive Übergewinnsteuer, die die krisenbedingten Extraprofite**
313 **abschöpft**. Wir begrüßen eine einheitliche europäische Lösung, die
314 rückwirkend für das Jahr 2022 gilt. Sollte diese jedoch unzureichend sein,
315 sei es durch fehlende Rückwirkung, die Auslassung bestimmter Branchen oder
316 eine zu geringe Höhe, muss sie durch eine konsequente bundesrechtliche
317 Regelung ergänzt werden. Darüber hinaus braucht es ein **verschärftes**
318 **Kartellrecht**, das es ermöglicht, Konzerne bei der Ausnutzung von
319

320 Marktmacht auch tatsächlich zu zerschlagen. Gewinne von
321 Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich stärker und progressiv besteuert
322 werden. Denn in einer solidarischen Gesellschaft darf Profitgier nicht
 belohnt werden, sondern muss demokratisch eingehegt werden.

D2 Nachrichtenwüsten verhindern - Lokaljournalismus unterstützen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 **Thüringen ist besonders bedroht von „Nachrichtenwüsten“:**

- 2 • Die mediale Landschaft ist stark ausgedünnt – in vielen Landkreisen
3 existiert nur noch eine Tageszeitung.
- 4 • Redaktionen wurden geschlossen, Lokalteile zusammengestrichen, Ressourcen
5 für echte Recherche fehlen mittlerweile.
- 6 • In manchen Regionen sind journalistisch aufbereitete Tageszeitungen durch
7 kostenfreie Anzeigenblätter ersetzt worden – ein Einfallstor für rechte
8 Propaganda im pseudojournalistischen Gewand, das ungehindert Tausende
9 Briefkästen erreicht.

10 Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass Journalismus bislang v.a. nach
11 marktwirtschaftlichen Prinzipien funktioniert – mit zunehmender Monopolisierung
12 und Konzentration auf wenige Verlage. Für ein kleingliedriges, schrumpfendes
13 Bundesland wie Thüringen ist das fatal. Wenn vor Ort nicht mehr berichtet wird,
14 sinkt nachgewiesen das Vertrauen in demokratische Institutionen und die
15 Polarisierung nimmt zu.

16 Unser Ziel ist eine **informierte Öffentlichkeit** in allen Regionen Thüringens. Wir
17 wollen aber **keinen Staatsjournalismus**, sondern eine freie, unabhängige Presse,
18 die auch von den Zwängen des reinen Marktes entkoppelt wird.

19 Daher fordern wir:

- 20 • **einen Thüringer Fonds für Lokaljournalismus:**

21 Ein Fonds, gespeist aus Landesmitteln und ggf. privatem Stiftungskapital, der
22 nach klaren, transparenten Kriterien fördert und unabhängig von staatlicher
23 Einflussnahme lokale Berichterstattung unterstützt.

24 • **Stärkere regionale Präsenz des MDR:**

25 Ausbau der Aktivitäten des Mitteldeutschen Rundfunks auf lokaler Ebene, um
26 insbesondere ländliche Regionen besser abzudecken.

27 • **Förderung von Stiftungen, Genossenschaften und Bürger:innenredaktionen:**

28 Rechtliche und finanzielle Unterstützung, damit neue, unabhängige
29 Redaktionsmodelle entstehen und/oder bestehende Redaktionen gesichert werden
30 können.

31 • **Gemeinnützigkeit und Steuererleichterungen:**

32 Vereinfachte Anerkennung der Gemeinnützigkeit für journalistische Projekte und
33 Befreiung von der Mehrwertsteuer für lokalen Journalismus, um finanzielle
34 Spielräume zu schaffen.

D4 Operationsplan Thüringen – Für einen krisensicheren Freistaat

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Von den zunehmenden Bedrohungen der kritischen Infrastruktur durch mögliche und
2 tatsächliche Cyberangriffe, Sabotage aller Art und vorbereitende Ausspähungen
3 ist auch Thüringen zunehmend betroffen. Aktuelle Angriffe richten sich nicht nur
4 gegen militärische Ziele, sondern vor allem auch gegen zentrale
5 Versorgungseinrichtungen und die Verkehrsinfrastruktur. Ein verbesserter Schutz
6 vor derartigen Angriffen dient deshalb nicht nur der Resilienz in militärischen
7 Krisenfällen. Er ist notwendiger Bestandteil der Daseinsvorsorge für alle
8 Bürgerinnen und Bürger.

9 Die aktuellen Entwicklungen an der NATO-Ostflanke zeigen: Wir befinden uns
10 längst in einem hybriden Konflikt mit Russland. Drohnenüberflüge über
11 Militärstützpunkte, das Lahmlegen von Flughäfen und gezielte Sabotageakte an
12 kritischer Infrastruktur verdeutlichen die reale Bedrohungslage. Die jüngsten
13 Luftraumverletzungen in Estland und Polen machen klar:
14 Wladimir Putin sucht nicht den Frieden, sondern die Eskalation und eine
15 Ausweitung des Konflikts. Sein Ziel ist es, durch eine gezielte Strategie der
16 Dominanz der Eskalation die Initiative zu behalten, also den Westen permanent zu
17 Reaktionen zu zwingen, anstatt selbst handlungsfähig zu bleiben.

18 Auch Thüringen muss sich dieser Realität stellen. Beschwichtigung und Schönreden
19 helfen nicht, wir müssen Vorsorge treffen, um im Krisen- oder Verteidigungsfall
20 handlungsfähig zu bleiben. Analog zu den Entwicklungen auf Bundesebene braucht
21 es einen „Operationsplan Thüringen“, der auf vier zentralen Säulen fußt: der
22 Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion, dem Schutz der
23 Zivilbevölkerung, der Sicherstellung der Versorgung sowie der Unterstützung der
24 Streitkräfte.

25 Dieser Plan soll sicherstellen, dass im Ernstfall Melde- und Reaktionsketten
26 zuverlässig funktionieren und staatliches Handeln auch dann gewährleistet
27 bleibt, wenn die Bundesregierung nicht erreichbar sein sollte. Ziel ist es, die
28 Resilienz unserer Systeme zu erhöhen und den Bevölkerungsschutz in Thüringen
29 krisensicher zu gestalten.

30 Koordinierte Akteure:

31 Der Operationsplan Thüringen muss folgende Akteure einbinden und ihre
32 Zusammenarbeit verbindlich regeln:

- 33 • Das Innenministerium als zuständige Behörde für Bevölkerungsschutz und
34 Katastrophenhilfe,
- 35 • die Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei und Technischem Hilfswerk,
- 36 • die Landkreise, Städte und Gemeinden, die im Krisenfall vor Ort Maßnahmen
37 steuern und umsetzen,
- 38 • die Energieversorger und Netzbetreiber,
- 39 • die Zweckwasserverbände, die eine sichere Versorgung gewährleisten,
- 40 • die Bundeswehr als zentraler Akteur der Landes- und Bündnisverteidigung.
- 41 • die Verantwortlichen Stellen für die Ernährungsnotstandsversorgung
- 42 • die Hilfsorganisationen wie DRK, Johanniter, ASB und weitere

43 Notwendige Maßnahmen:

44 Zur Stärkung der Krisenfestigkeit fordern wir:

- 45 1. Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle auf Landesebene, die alle
46 Akteure im Krisenfall zusammenführt.
- 47 2. Klare rechtliche Regelungen für die Beschlagnahmung von Eigentum zur
48 Gefahrenabwehr im Verteidigungsfall.
- 49 3. Überprüfung und Ausbau der Verfügbarkeit von Schutzräumen, einschließlich
50 der Nutzung bestehender Infrastruktur wie Tunnelanlagen als
51 Luftschutzbunker.
- 52 4. Prüfung der Notfallreserven für Versorgungsgüter und kritische
53 Infrastruktur.
- 54 5. Sicherstellung der Ernährungsnotstandsversorgung durch Bereitstellung in
55 Kooperation mit den Regionalen Groß- und Einzelhandel
- 56 6. Priorisierung des Ausbaus der Trink- und Löschwasserversorgung im

57

Freistaat.

58

7. Regelmäßige Zivilschutzübungen in Thüringen, um die Einsatzfähigkeit aller Akteure zu erproben.

59

60

8. Prüfung der Möglichkeit, Umbau- und Sicherheitsmaßnahmen über Mittel aus dem Sondervermögen der Bundeswehr oder ergänzende Bund-Länder-Programme zu finanzieren.

61

62

63

9. Prüfung der Möglichkeiten zur Sicherung von Thüringer Kunst- und Kulturgut im Krisenfall

64

D5 Kein Fussbreit dem Faschismus – rechte Netzwerke konsequent zerschlagen, Betroffene endlich schützen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Im Mai 2025 kam es bundesweit zu Razzien gegen mehrere Jugendliche zwischen 14
2 und 18 Jahren - auch in Thüringen, etwa im Altenburger Land und im Ilmkreis. Den
3 Beschuldigten wird vorgeworfen, Teil des rechtsterroristischen Netzwerks „Die
4 letzte Verteidigungswelle“ zu sein und sich zu Brandanschlägen auf
5 Geflüchtetenunterkünften und linken Einrichtungen verabredet zu haben. Sie
6 versuchten gar nicht, ihr Ziel zu verschleiern: das demokratische System der
7 Bundesrepublik zu stürzen. Mittlerweile fühlen sich Rechte so sicher, dass sie
8 glauben, die eigene Agenda nicht mehr verheimlichen zu müssen.

9 Doch bei bloßen Ankündigungen blieb es nicht: Am 05. Januar 2025 wurde in
10 Schmölln ein Anschlag auf die lokale Geflüchtetenunterkunft verübt. Steine
11 wurden durchs Fenster geschmissen, Wände mit rassistischen Parolen beschmiert
12 und Pyrotechnik gezündet, um das Gebäude in Brand zu stecken. Der Tod der
13 Bewohner:innen wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern von Beginn an
14 einkalkuliert. Dass bei dem Übergriff lediglich eine Person verletzt wurde, ist
15 ausschließlich dem Zufall geschuldet. Es war nicht die erste Tat - die beiden
16 Beschuldigten sollen seit Jahren für Übergriffe verantwortlich sein. Das ist
17 kein „Ausrutscher“, und vor allem keine „Jugendsünde“, sondern beispielhaft für
18 ein bundes- und landesweites Muster: Ob in Schmölln, im Ilmkreis, in Suhl oder
19 Erfurt. Die Rechtsextremen trauen sich mehr denn je aus ihren Löchern, ihre
20 Ideologie gewinnt an Zulauf, rechtsextreme Übergriffe häufen sich und die
21 Täter:innen werden immer jünger - und vor allem gewaltbereiter.

22 Spätestens seit den rechtsextremen Belagerungen von CSD-Veranstaltungen im
23 letzten Sommer ist klar: Die Szene befindet sich in einem krassen Aufschwung.
24 Die abscheulichen Szenen des wütenden Mobs am Leipziger Hauptbahnhof haben sich
25 in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Ob „Deutsche Jugend Voran“, lokale
26 Ableger der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der Partei „Die
27 Heimat“, ehemals „NPD“, wie etwa die „Gersche Jugend“ oder die „Elblandrevolte“
28 oder parteiungebundene Gruppierungen - die Szene ist stramm organisiert. Dabei
29 sprechen die Rechtsextremen gezielt Jugendliche mit ihrer Propaganda an. Laut
30 Verfassungsschutzbericht 2024 haben 25 % der Jugendlichen in Thüringen rechte
31

32 oder rechtsextreme Einstellungen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Szene sucht
33 seit Jahren planvoll die Nähe zu Jugendlichen - online, im Sportverein, im
34 Jugendclub. Der einst totgesagte Sumpf der extremen Rechten umfasst in Thüringen
heute rund 3.300 Personen - und er wächst weiter.

35 Rechte Gewalt macht 54 % aller politisch motivierten Gewalttaten in Thüringen
36 aus. Im Schnitt gibt es vier rechtmotivierte Angriffe pro Woche. Das sind
37 doppelt - ja doppelt - so viele wie im Vorjahr und ein Trend, dem wir uns
38 unentwegt entgegenstellen werden. Es darf nicht wieder zum Normalzustand werden,
39 dass rechtsextreme Schlägertrupps durch unsere Straßen ziehen! Die
40 Baseballschlägerjahre sind vorbei und es liegt an uns, dass das auch so bleibt.

41 Doch der Rechtsextremismus war nie weg, genauso wenig wie rassistische,
42 homophobe, queerfeindliche und antisemitische Gewalt. Im Gegensatz zu heute
43 haben Gesellschaft und Medienöffentlichkeit in der Vergangenheit lediglich
44 weggeschaut.

45 Es genügt eine andere Hautfarbe, ein politisches Statement auf der Kleidung oder
46 ein religiöses Symbol zu tragen, um ins Visier rechtsextremer Gewalttäter:innen
47 zu geraten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und angegriffen. BIPOC,
48 queere und linke Menschen fühlen sich in Thüringen schon lange nicht mehr
49 sicher. Die Gewalt ist enthemmt, findet am helllichten Tage auf offener Straße
50 statt - und das Thüringer Innenministerium schaut zu. Zivilgesellschaftliche
51 Organisationen warnen seit Jahren vor der wachsenden rechten Bedrohung, der
52 Vernetzung der Szene und ihrer immer besseren Finanzierung.

53 Die strukturierte Aufbauarbeit der rechten Szene in den vergangenen Jahren trägt
54 Früchte, die Szene wächst stetig weiter und erlangt vermehrt öffentliche
55 Aufmerksamkeit. Die Behörden stehen dem unvorbereitet gegenüber. Jahrelang haben
56 es das Innenministerium in Thüringen, das Bundesinnenministerium und auch die
57 Bundesregierungen verschlafen, das Problem anzugehen. Viel schlimmer noch, sie
58 haben das Problem totgeschwiegen. Das ist nicht nur eine sicherheitspolitische
59 Bankrotterklärung, sondern auch ein Offenbarungseid des eigenen politischen
60 Versagens.

61 Neben der tagtäglichen Bedrohungslage für Leib und Leben stellt die
62 rechtsextreme Gewalt noch eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr dar,
63 nämlich für unser aller politisches Engagement - und damit schlussendlich auch
64 für unsere Demokratie. Wenn Menschen sich zweimal überlegen, ob sie den linken
65 Jutebeutel tragen, den Button am Rucksack oder den Sticker am Laptop zeigen,
66 oder „linke“ Erkennungszeichen im Bus oder der Straßenbahn lieber verdecken, ist
67 das keine „private Sicherheitsmaßnahme“. Es ist der Beweis, dass der Staat
68 seinen verfassungsrechtlich garantierten Schutzpflichten nicht nachkommt! Es
69 darf nicht weiter geschwiegen, verharmlost und weggeschaut werden. Es wird
70 allerhöchste Zeit, dass der Staat seinen Aufgaben endlich konsequent nachkommt:

71 die rechte Gefahr erkennt, benennt und handelt!

72 Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge daher beschließen:

73 **1. Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung dauerhaft absichern**

74 Zivilgesellschaftliche Träger sind Schlüsselakteure im Kampf gegen Rechts. MoBiT
75 und viele vor allem auch lokale Initiativen sorgen für Prävention, Beratung und
76 Schutz demokratischer Räume, werden aber oft nur projektfianziert. Es ist ein
77 Skandal, dass die Initiativen, die seit Jahren vor den Gefahren von rechts
78 warnen und Betroffene schützen, jedes Jahr aufs neue um ihre Existenz bangen und
79 für ihre weitere Förderung kämpfen müssen. Wir fordern die Landesregierung
80 deswegen dazu auf, die sofortige und dauerhafte Absicherung der Förderprogramme
81 für Initiativen gegen Rechtsextremismus und die Neue Rechte zu gewährleisten und
82 dies verbindlich in den kommenden Haushalten zu verankern. Wir fordern außerdem
83 die Bundesregierung dazu auf, endlich ein Demokratieförderungsgesetz vorzulegen,
84 das die stabile Finanzierung demokratischer Bildungs- und Präventionsarbeit
85 sicherstellt. Demokratie kostet, aber das sollte sie uns wert sein!

86 **2. Mobile Beratung und niedrigschwellige Hilfsangebote ausbauen und**
87 **finanzieren**

88 Insbesondere im ländlichen Raum breiten sich die Rechtsextremen aus und haben
89 teilweise schon die Oberhand in einzelnen Ortschaften und Nachbarschaften
90 gewonnen. Dort fühlen sie sich sicher, unbeobachtet und können den herrschenden
91 Frust über bestehende Missstände für ihre Propaganda und Mobilisierung nutzen.
92 In diesen Orten sind insbesondere die mobilen Beratungsstellen die ersten
93 Anlaufstellen für Betroffene, für konkrete Hilfe. Beratungsstellen können
94 außerdem dabei helfen, die rechte Durchdringung von Jugendkulturen zu erkennen
95 und pädagogisch zu intervenieren. Wir fordern eine flächendeckende und
96 langfristige Finanzierung durch eine feste Landesförderung, damit nicht nur die
97 Städteketten, sondern auch die ländlichen Regionen die mobilen Beratungen rund um
98 die Uhr an jedem Ort in Thüringen in Anspruch nehmen können.

99 **3. Systematische Demokratieförderung in Schule und Jugendarbeit**

100 Gute Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit schützen vor
101 Rechtsradikalisierung. Wir fordern die Landesregierung - insbesondere das
102 Bildungsministerium - dazu auf, verbindliche Demokratieförderung und
103 Antidiskriminierungsarbeit im Lehrplan zu verankern, entsprechende Lehrkonzepte,
104 Fortbildungen und Materialien für Lehrkräfte bereitzustellen sowie die
105 Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der Demokratieförderung im
106 umfassenden Umfang zu finanzieren. Dabei ist wichtig, dass Demokratie auch
107 erlebbar ist und nicht nur theoretisch vermittelt wird.

108 **4. Gegenstrategien gegen Radikalisierung im digitalen Raum entwickeln**

109 Digitale Räume sind Rekrutierungsorte. Die Neue Rechte nutzt sehr gezielt virale
110 Formate und Plattform-Algorithmen. Wir fordern landesweite Programmen zur
111 digitalen Medienbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen - inklusive
112 spezialisierter Angebote zur Erkennung und zum Debunking neurechter Narrative
113 und Verschwörungsmymen. Einem pauschalen Social-Media-Verbot für unter 16-
114 Jährige erteilen wir eine klare Absage. Statt Verboten braucht es Aufklärung und
115 Bildung - auch in der Erwachsenenbildung, weil Desinformation alle Altersgruppen
116 trifft. Außerdem dürfen die Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung
117 gelassen werden: rechte Hetze, HateSpeech und Desinformation müssen konsequent
118 gelöscht werden, Profile von Akteuren der rechtsextremen Szene dürfen keine
119 Accounts auf den entsprechenden Plattformen haben.

120 **5. Monitoring ausbauen und länderspezifische Lagebilder erstellen**

121 Wer wegschaut, kann das Problem nicht erkennen. Umendlich ein klares Bild der
122 Szene, ihrer Ansätze und Akteure zu gewinnen und entsprechend handeln zu können,
123 fordern wir die Förderung unabhängiger Forschung zu Strategien der Neuen
124 Rechten. Die anhaltende Ignoranz schützt die Szene, wir müssen endlich wissen,
125 was passiert.

126 **6. Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen**

127 Wenn Nazis keine Strafe zu befürchten haben, gibt es keinen Grund für sie zu
128 stoppen. Es braucht endlich konsequente Strafverfolgung. Deswegen fordern wir
129 mehr Personal bei Polizei und Justiz, um die zügigen Verfolgung von
130 Hasskriminalität und rechten Delikten sicherstellen zu können sowie
131 verpflichtende Fortbildungen für Richter:innen, Staatsanwält:innen und Polizei
132 zu rechter Ideologie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Hetze
133 und deren Erkennungszeichen. Wir fordern Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen
134 Hasskriminalität und rechte Netzwerke, fokussiert auf rechtsmotivierte Delikte.

135 **7. Opferschutz und Opferberatung stärken; Opferschutzbeauftragte:n einführen**

136 Beratungsstellen für Betroffene werden kaputt gespart, die psychosoziale
137 Beratung schrittweise von einem sowieso nur geringen Niveau weiter
138 zurückgeschraubt. Dabei sind Einrichtung wie elly, die Beratungsstelle gegen
139 Hatespeech, essenziell, um Betroffene rechter, rassistischer oder
140 antisemitischer Gewalt emotional, psychosozial, praktisch zu begleiten. Wir
141 fordern deswegen den Ausbau staatlich finanzierter Opferberatungsstellen und
142 deren umfassende Finanzierung. Betroffene rechte Gewalt dürfen nicht alleine
143 gelassen werden. Wir schließen uns der Forderung von ezra nach Einführung eines
144 Opferschutzbeauftragten in Thüringen (angesiedelt an der Staatskanzlei) an. Die
145

146 SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf
147 psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Es darf
148 nicht mehr bei leeren Worten des Mitleids bleiben, es müssen endlich Taten
folgen.

149 **8. Rechtsstaatliche Resilienz erhöhen**

150 Rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden sind reale Gefahr. Nicht nur
151 einmal wurden sie aufgedeckt. Aber statt nachhaltiger Konsequenzen oder
152 Veränderungen im System, um solche zukünftig zu verhindern, wurden die Skandale
153 totgeschwiegen, ausgesessen und nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit
154 weitergemacht wie bisher. Damit muss endlich Schluss sein. Eine Demokratie kann
155 keine Faschist:innen in Uniform dulden. Denn damit beschleunigt sie ihren
156 Verfall. Wir fordern deswegen die anlassbezogene Beobachtung von Polizei und
157 Sicherheitsbehörden hinsichtlich rechter Netzwerke und rassistischer Vorfälle
158 und bekräftigen unsere Forderung nach einer unabhängigen Behörde, die Missstände
159 in der Polizei verfolgt und aufklärt. Es braucht Transparenzpflichten für
160 Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von rechten Strukturen, um die schnelle
161 und konsequente Entfernung Betroffener aus dem Dienst sowie zügige, unabhängige
162 Ermittlungen sicherzustellen.

163 **9. Keine Feuerkraft für Faschos**

164 Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass Rechtsextreme im Besitz von
165 Waffenscheinen und Waffen sind. Ihnen muss konsequent die Berechtigung zur
166 Nutzung und des Besitzes von Waffen entzogen werden. Das Landesinnenministerium
167 fordern wir deswegen dazu auf, bei seiner harten Linie zu bleiben und die
168 Verwaltungen dazu anzuweisen, diese Linie konsequent umzusetzen. Außerdem
169 fordern wir das Bundesinnenministerium dazu auf, schnellstmöglich eine
170 bundesweite Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, Rechtsextreme konsequent zu
171 entwaffnen. Es darf nicht länger mit der Beschlagnahmung aller Waffen im
172 rechtsextremen Milieu gewartet werden. Das nächste Opfer ist sonst nur eine
173 Frage der Zeit.

F7 Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern transparenter gestalten

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Landesparteitag beschließt:

2 Die Thüringer SPD, insbesondere der geschäftsführende Landesvorstand, die
3 Vertreterin im Bundesvorstand, die Bundes- und Landesminister setzen sich im
4 Bundesvorstand, gegenüber den Bundesministerinnen und Bundesministern der SPD
5 sowie in der Bundestagsfraktion dafür ein, dass

6 1. eine bundesgesetzliche Regelung zur Einführung eines monatlichen
7 Steuerabzugs
8 mit Abgeltungswirkung bei Rentenzahlungen geschaffen wird,
9 damit die Steuererklärungspflicht grundsätzlich entfallen kann;

10 2. dabei eine Berücksichtigung individueller Freibeträge und Besonderheiten
11 ermöglicht wird;

12 3. zugleich entsprechende Informations- und Beratungsangebote für
13 Rentnerinnen und Rentner ausgebaut werden;

14 Auf Landesebene wird darauf hingewirkt, das bestehende Informationsangebot für
15 Rentner:innen weiter auszubauen.

16 4. schnellstmöglich eine Verbesserung der Vorauszahlungsregelungen
17 vorgenommen wird, um besondere Härtefälle zu verhindern sowie

18 5. die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner
19 mit einem monatlichen Rentenbezug in Höhe der Bruttostandardrente
20 entfallen zu lassen.

G1 Maßnahmen gegen die sinkende Impfbereitschaft in Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen möge beschließen: Die Mitglieder der SPD in der
2 Landesregierung, im Thüringer Landtag sowie in den Landkreisen und kreisfreien
3 Städten setzen sich dafür ein, Maßnahmen gegen die sinkende Impfbereitschaft in
4 Thüringen zu ergreifen. Ziel ist es, die Impfquote nachhaltig zu erhöhen und
5 damit den Schutz der Bevölkerung vor vermeidbaren Krankheiten zu stärken.

Konkrete Maßnahmevorschläge:

- 7 • **Impfungen sollen grundsätzlich auch in Krankenhäusern erfolgen können,**
8 **sofern medizinisch nichts dagegen spricht.**

- 9 • **Apotheken dürfen heute schon gegen Grippe und Covid impfen; eine**
10 **Erweiterung des Impfangebots soll ermöglicht werden.**

- 11 • Gesundheitsämter in Thüringen sollen die von der STIKO empfohlenen
12 Impfungen kostenfrei für alle Menschen anbieten – unabhängig vom
13 Versichertenstatus.

- 14 • **Mobile Impfangebote:** Gesundheitsämter sollen auf Anfrage Schulen und
15 Betriebe besuchen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die
16 keinen Betriebsarzt haben, sollen dadurch niedrigschwellig Zugang zu
17 Impfungen erhalten.

- 18 • **Impfaktionstage im ländlichen Raum: Sa immer weniger Hausärztinnen und**
19 **Hausärzte in Thüringen praktizieren, sollen bei Bedarf beispielsweise in**
20 **Dorfgemeinschaftshäusern und vergleichbaren Einrichtungen wohnortnahe**
21 **Impfangebote organisiert werden.**

- 22 • **Digitale Erinnerungssysteme:** Ärztinnen und Ärzte sollen ermutigt werden,
23 ihre Patientinnen und Patienten über digitale Kanäle wie den neuen
24 Patienten-Messenger *TIM* aktiv auf ausstehende Impfungen hinzuweisen und
25 einzuladen.

- 26
- 27
- 28
- 29
- **Öffentliche Aufklärungskampagne:** Land und Kommunen sollen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Informationskampagne starten, die sachlich, transparent und niedrigschwellig über die Vorteile von Impfungen aufklärt und gängige Mythen entkräftet.

G2 Reform des Pflegebudgets in Krankenhäusern

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Die SPD Thüringen möge beschließen:

2 Die Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich über den Bundesrat
3 sowie gemeinsam mit den Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen,
4 dass das Pflegebudget im Krankenhausbereich grundlegend reformiert wird. Ziel
5 ist es, Fehlentwicklungen bei der Beschäftigung von Pflegekräften zu verhindern,
6 ohne dabei die dringend notwendige Stärkung der Pflegepersonalausstattung wieder
7 aufzugeben.

Maßnahmen:

- 9
- 10 • Es soll gemeinsam mit den Gewerkschaften geprüft werden, wie die
11 Fehlentwicklung gestoppt werden kann, dass Pflegekräfte Aufgaben anderer
Berufsgruppen mit übernehmen müssen.
 - 12 • Dabei ist ausdrücklich sicherzustellen, dass nicht erneut – wie in der
13 Vergangenheit – an Pflegekräften gespart wird.
 - 14 • Die Finanzierung von Assistenz- und Funktionsdiensten (z. B.
15 Servicekräfte, Stationsassistenzen, Logistik, Pflegeassistenzen) soll so
16 ausgestaltet werden, dass sie den Pflegekräften die nötige Entlastung
17 bieten.

INI2 Liebe SPD, bleib stabil!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8.2 Initiativanträge

Antragstext

1 **Liebe SPD, bleib stabil!**

2 Im Oktober 2025 hat sich der Koalitionsausschuss der Bundesregierung darauf
3 geeinigt, dass das aktuelle Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzt
4 werden soll. Die künftige Grundsicherung soll dabei unter anderem
5 Totalsanktionen bei dreifacher Nicht-Wahrnehmung von Terminen vorsehen und dem
6 Staat die Möglichkeit geben, die Kosten für die Unterkunft zu streichen.

7 Wir sind davon überzeugt: nur ein Sozialstaat, der Menschen in Not und
8 schwierigen Lebenslagen respektvoll und auf Augenhöhe begegnet, schafft das
9 Vertrauen, das er braucht, um zu wirken und seine Funktion voll zu entfalten.

10 Die Wahrung eines menschenwürdigen Existenzminimums und der Schutz vor
11 unverhältnismäßigen Sanktionen sind zentrale Grundlagen unserer Verfassung. Eine
12 Gesetzesreform muss die Verfassungsgrundsätze ernst nehmen und ihnen Rechnung
13 tragen.

14 Als Sozialdemokrat:innen kämpfen wir schon immer gegen jene, die eine
15 Entsolidarisierung vorantreiben und den Sozialstaat zurückdrängen wollen. Die
16 Sozialdemokratie hat den Sozialstaat miterkämpft, mitverteidigt und sollte auch
17 heute die Kraft sein, die allen Versuchen der Spaltung offensiv entgegentritt
18 und für die Teilhabe aller Menschen in dieser Gesellschaft einsteht.

19 Wir stehen für eine klare sozialdemokratische Haltung im Sinne der Solidarität,
20 der sozialen Gerechtigkeit, und der Menschenwürde und unterstützen unsere
21 Mitglieder der Bundesregierung und im Bundestag darin, eine Sozialpolitik
22 durchzusetzen, die auf Vertrauen, Unterstützung und gemeinsame Verantwortung
23 baut.

24 Deswegen rufen wir die Mitglieder der SPD Thüringen dazu auf, sich mit dem am
25 10.11.2025 eingereichten Mitgliederbegehren auseinanderzusetzen und dieses zu
26 unterstützen.

INI3 Zusammen geht mehr – Solidarität mit unseren Kolleg:innen im Landesdienst!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8.2 Initiativanträge

Antragstext

1 Rund 65.000 Menschen arbeiten in Thüringen im Landesdienst – als Pädagog:innen
2 in Schulen, im Streifendienst bei der Polizei, als Wissenschaftler:innen an
3 unseren Hochschulen, als Pflegekräfte am Uniklinikum und als Mitarbeitende in
4 den Landesbehörden.

5 Unsere Kolleg:innen kämpfen derzeit in der Tarifrunde u. a. für mehr Lohn, die
6 unbefristete Übernahme der Auszubildenden und der dualen Studierenden sowie für
7 einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder.

8 Der öffentliche Dienst in Thüringen hat Vorbildwirkung. Mit Blick auf Lohnniveau
9 und Arbeitsbedingungen hat der Staat als Arbeitgeber eine besondere
10 Verantwortung – auch deshalb, weil ein guter Tarifabschluss im TV-L in weitere
11 Tarifrunden und Branchen hineinwirkt.

12 Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die
13 Kolleg:innen haben unsere Wertschätzung verdient. Die Thüringer SPD,
14 insbesondere unsere Mandats- und Funktionsträger:innen, stellt sich solidarisch
15 an die Seite der Landesbeschäftigten und unterstützt diese im Rahmen ihrer
16 Möglichkeiten.

17 Dabei kommunizieren wir mit Respekt vor der Tarifautonomie und stellen uns gegen
18 öffentliche Relativierungen oder Abwertungen gewerkschaftlicher Forderungen.
19 Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage und steigender Landessteuereinnahmen
20 sind sachliche, lösungsorientierte Verhandlungen das Gebot der Stunde.

INI4 Die Brandmauer der SPD steht – ohne Relativierung, ohne Ausnahmen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8.2 Initiativanträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 1. Die SPD bekräftigt erneut und unmissverständlich ihre Brandmauer – mit uns
3 gibt es keine Zusammenarbeit mit der AFD. Jede Form der Zusammenarbeit,
4 Koordinierung oder politischen Nähe zu rechtsextremen oder rechtspopulistischen
5 Kräften wird eine klare Absage erteilt – auf allen politischen Ebenen.

6 2. Der Parteitag stellt fest, dass die jüngsten öffentlichen Äußerungen von
7 Sahra Wagenknecht und Vertreter*innen des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erneut
8 gezeigt haben, dass diese Kräfte bereit sind, demokratische Grundsätze zu
9 relativieren, rechte Narrative zu bedienen und gesellschaftliche Spaltung zu
10 vertiefen. Die SPD distanziert sich klar von diesen Positionen und weist jeden
11 Versuch zurück, unsere demokratische Brandmauer zu unterlaufen oder
12 aufzuweichen.

13 3. Die SPD verpflichtet ihre Mandatsträger*innen, weiterhin keinerlei
14 Kooperationen mit rechtsextremen, rechtspopulistischen oder
15 rechtsnationalistischen Parteien oder Gruppierungen einzugehen, einschließlich
16 solcher Kräfte, die durch ihre Rhetorik oder Programmatik systematisch
17 demokratische Grundsätze und gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben.

18 4. Die SPD steht entschlossen an der Seite all jener, die sich für Demokratie,
19 Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und den Schutz von Minderheiten einsetzen.
20 Wir machen deutlich: Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und autoritäre
21 Politik ist Kernbestandteil sozialdemokratischer Identität – heute mehr denn je.

22 5. Die SPD ruft alle demokratischen Kräfte auf, angesichts der aktuellen
23 politischen Entwicklungen gemeinsam Haltung zu zeigen und die Brandmauer nach
24 rechts zu verteidigen, unabhängig von parteipolitischen Grenzen.

INI5 Humanität verteidigen: Aussetzung von vollständigen Leistungskürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8.2 Initiativanträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Landesvorstand der SPD Thüringen, die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD
3 Mitglieder in der Landesregierung werden aufgefordert, sich in der
4 Landesregierung und gegenüber allen nachgeordneten Behörden dafür einzusetzen,
5 umgehend eine landesweite Verwaltungsanweisung zu erlassen, die die Aussetzung
6 sämtlicher vollständigen Leistungskürzungen nach § 1 Abs. 4 AsylbLG anordnet.

INI6 Aus dem Schatten ins Licht, Wilhelmine Eichler, eine von 37 Frauen in der Nationalversammlung

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8.2 Initiativanträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Zur Würdigung der Eisenberger Abgeordneten Minna Eichler, eine der 37 Frauen in
4 der Nationalversammlung von 1919, entwickelt die Landespartei ein sichtbar
5 verankertes Gedenkformat. Dazu sollen:

6

7 1. ein kompaktes Gedenk- und Erinnerungskonzept erarbeitet werden

8

9 2. die historische Bedeutung Minna Eichlers hervorgehoben und dauerhaft
10 öffentlich sichtbar gemacht werden.

11

12 3. eine angemessene öffentliche Präsentation erfolgen.

J1 Novellierung des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Parteivorstand und die Landtagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich
2 dafür einzusetzen, Rahmenbedingungen für eine einheitliche Regelung einer
3 Zusatzversorgung für Angehörige von freiwilligen Brand- und
4 Katastrophenschützern zu schaffen.

5 Zweck der Altersversorgung

6 Die zusätzliche Altersversorgung dient als Anerkennung für langjährige, aktive
7 Tätigkeit in den Diensten des Allgemeinwohls. Ziel ist es, die Attraktivität des
8 Ehrenamtes zu steigern, die Mitgliederentwicklung in den Freiwilligen
9 Feuerwehren und den Katastrophenschutzorganisationen positiv zu beeinflussen und
10 langfristig zu sichern.

J3 Für ein transparentes, grundrechtsorientiertes und demokratiefestes Polizeiaufgabengesetz – Kritische Begleitung der PAG-Novelle und Einrichtung einer breit legitimierten Arbeitsgruppe

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Thüringen unterstützt die von der Landesregierung beabsichtigte
3 Novellierung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes (PAG) ausdrücklich.
4 Ziel ist ein modernes, verfassungsfestes und an den technologischen sowie
5 gesellschaftlichen Wandel angepasstes Polizeirecht, das die Polizei befähigt,
6 Gefahren effektiv abzuwehren, Straftaten vorzubeugen und gleichzeitig die Grund-
7 und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

8 1. Positionierung zur PAG-Novelle

9 Die SPD Thüringen erkennt die Notwendigkeit einer Modernisierung des Thüringer
10 Polizeiaufgabengesetzes an. Zugleich stellt der Landesparteitag fest, dass der
11 vorliegende Entwurf des Innenministeriums in zentralen Punkten
12 verfassungsrechtliche, grundrechtliche und demokratietheoretische Fragen
13 berührt.

14
15 Der Landesparteitag hält fest, dass die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen u. a.

- 16 · präventive elektronische Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfesseln),
- 17 · KI-gestützte Videoüberwachung,
- 18 · Distanz-Elektroimpulsgeräte im Regelbetrieb,
- 19 · digitale Rasterfahndung,
- 20 · Gesichtserkennung und Stimmabgleich,
- 21 · automatisierte Kennzeichenerfassung

22 je nach konkreter Ausgestaltung der Maßnahmen tief in die Grundrechte eingreifen
23 und deshalb hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihrer Verhältnismäßigkeit und
24 damit ihrer verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit höchsten rechtsstaatlichen
25 Ansprüchen genügen müssen. Dies betrifft insbesondere das Vorhandensein
26 ausreichender Kontroll- und Missbrauchsschutzmechanismen.

27
28 Der Landesparteitag stellt weiterhin fest, dass ein Teil der Mitglieder der SPD
29 Thüringen und insbesondere die Jusos Thüringen, dem Entwurf der Novellierung des

30 Thüringer Polizeiaufgabengesetz kritisch gegenübersteht und die Notwendigkeit
31 der Eingriffe, ihre Verhältnismäßigkeit und damit ihre verfassungsrechtliche
32 Unbedenklichkeit als nicht hinreichend dargelegt betrachten

33

34 Wir fordern daher die Landtagsfraktion auf, diese Maßnahmen im
35 Gesetzgebungsverfahren kritisch zu prüfen, in Teilen gegebenenfalls
36 zurückzuweisen und dafür Sorge zu tragen, dass mit den Regelungen die
37 Grundrechte gewahrt, strukturelle Diskriminierung und politischer Missbrauch
38 verhindert wird.

39

40 **2. Gemeinsame Grundüberzeugungen**

41 Die SPD Thüringen bekräftigt:

- 42 · Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden und stehen
- 43 zueinander in gegenseitiger Abhängigkeit.
- 44 · Jede Erweiterung polizeilicher Befugnisse bedarf strikter Grundrechtsbindung
- 45 und muss vollständig verhältnismäßig, transparent und kontrollierbar
- 46 ausgestaltet sein.
- 47 · Ein Polizeiaufgabengesetz darf niemals Instrumente schaffen, die
- 48 antidemokratische und autoritäre Kräfte missbrauchen könnten.
- 49 · Änderungen am ThürPAG können nur mit demokratischen Mehrheiten beschlossen
- 50 werden.

51

52 **3. Einrichtung einer neuen, breit legitimierten Arbeitsgruppe**

53 Zur strukturierten innerparteilichen Beratung der unter Ziffer 1 aufgeführten
54 Maßnahmen wird eine Arbeitsgruppe „PAG-Novelle“ mit folgender Struktur
55 eingerichtet:

56 a) Zusammensetzung:

- 57 · 2 Vertreter*innen der Jusos Thüringen
- 58 · 2 Vertreter*innen des Landesvorstandes
- 59 · 2 Vertreter*innen der Landtagsfraktion
- 60 · 1 Vertreter*in der Landesregierung
- 61 · 1 Vertreter*in der ASJ
- 62 · 1 externe verfassungsrechtliche oder polizeiwissenschaftliche Fachperson
- 63 · 1 externe zivilgesellschaftliche Stimme aus dem Bereich Bürgerrechte /
- 64 Datenschutz

65

66 b) Arbeitsweise:

- 67 · Die AG arbeitet transparent; Protokolle werden allen Parteiebenen zugänglich
- 68 gemacht.
- 69 · Kritische Minderheitenpositionen werden ausdrücklich im Bericht der AG
- 70 dokumentiert.
- 71 · Die AG erhält ein Mandat, verfassungsrechtliche Bewertungslinien
- 72 herauszuarbeiten und die Position der Partei für das parlamentarische Verfahren
- 73 vorzubereiten bzw. dieses zu begleiten.
- 74 · Die AG arbeitet konsensorientiert, aber nicht konsensverpflichtet; Dissens
- 75 wird sichtbar gemacht.
- 76 · Die AG tagt mindestens monatlich und lädt bei Bedarf zusätzliche Expertise

77 ein. Es wird mindestens einmal eine parteiöffentliche Veranstaltung zu der
78 Novelle des PAG und dem Arbeitsstand aus der AG stattfinden.

79

80 **4. Ergebnisbericht und Einbindung in das parlamentarische Verfahren**

81 Die AG legt dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion fortlaufend
82 Einschätzungen zu den relevanten Kritikpunkten vor und erarbeitet spätestens vor
83 Abschluss der parlamentarischen Beratungen eine gemeinsame oder – sofern
84 erforderlich – differenzierte Positionierung der Partei.

85 Die SPD Thüringen bekräftigt: **Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze –**
86 **sie bedingen einander.**

87 Eine starke Demokratie braucht sowohl eine handlungsfähige Polizei als auch
88 klare rechtliche Grenzen, die den verfassungsrechtlichen Grundsätzen und der
89 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entsprechen.

K1 Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Kleingartenbereich in Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **1. Das Land Thüringen entwickelt eine umfassende Strategie zur Sicherung und**
3 **nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens**

4 Ziel dieser Strategie ist es, das Kleingartenwesen in Thüringen langfristig zu
5 stärken und an die gesellschaftlichen, demografischen und ökologischen
6 Veränderungen anzupassen.

7 Im Mittelpunkt steht dabei, dem im ländlichen Raum zunehmenden Leerstand von
8 Kleingartenparzellen wirksam entgegenzuwirken und bestehende Flächen sozial,
9 ökologisch und städtebaulich sinnvoll weiterzuentwickeln.

10 Ein zentraler Bestandteil ist die Entwicklung einer Rückbaustrategie nach dem
11 Vorbild des Wohnungswesens. Sie soll demografische Entwicklungen berücksichtigen
12 und Wege aufzeigen, wie brachliegende oder nicht mehr genutzte Parzellen
13 umgenutzt oder ökologisch aufgewertet werden können. Hierfür sollen auch
14 Städtebaufördermittel eingesetzt werden, um den gegebenenfalls erforderlichen
15 Rückbau zu unterstützen.

16 Darüber hinaus sollen Fördermöglichkeiten für Kleingartenvereine, Verbände und
17 Dachorganisationen überprüft, erweitert und an die aktuellen Herausforderungen
18 angepasst werden, etwa im Hinblick auf Klimaanpassung, soziale Integration und
19 gemeinschaftliche Nutzungskonzepte.

20 Diese Punkte bilden wesentliche Eckpfeiler der geplanten Strategie, die offen
21 für weitere Themen und Impulse aus Praxis und Kommunalpolitik bleibt. Ziel ist
22 eine zukunftsfähige, sozial gerechte und nachhaltige Weiterentwicklung des
23 thüringischen Kleingartenwesens.

24 **1. Das Ehrenamt im Vereinswesen wird politisch und administrativ weiter**

25

gestärkt.

26

Zur besseren Interessenvertretung wird die Einrichtung eines Thüringer

27

Kleingartenbeirates angestrebt, in dem alle im Landtag vertretenen Parteien

28

sowie Vertreter*innen der Kleingartenverbände mitwirken.

29

Der Beirat soll als beratendes Gremium gegenüber der Landesregierung fungieren

30

und praxisnahe Vorschläge zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens

31

erarbeiten.

K2 Wohnungen für Thüringen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 001 Die Minister:innen sowie die Abgeordneten der SPD in Thüringen werden
2 aufgefordert, sich für eine Novellierung der Thüringer Bauordnung einzusetzen.
3 Ziel dieser Reform ist es, die mit Genehmigungsverfahren verbundenen Kosten bei
4 der Schaffung von Wohnraum spürbar zu reduzieren. Im Mittelpunkt sollen
5 insbesondere folgende Regelungen überarbeitet und angepasst werden:

- 6 • § 52 Abs. 2 ThürBO erhält eine neu geschaffene Nr. 4 mit folgendem
7 Wortlaut:

8 *„bei zu errichtenden Anlagen, die sich in einem Umkreis von 300 Meter Luftlinie*
9 *um einen ÖPNV-Haltepunkt befinden, der von Montag bis Freitag in der*
10 *Spitzenverkehrszeit von Linien des ÖPNV mindestens sechs Mal pro Stunde und*
11 *Richtung angefahren wird.“*

- 12 • § 52 Abs. 1 ThürBO erhält einen neuen Satz 4 mit folgendem Wortlaut:

13 *„Die Pflicht zur Errichtung von Fahrradstellplätzen wird in Gebieten mit*
14 *angespanntem Wohnungsmarkt bis zum 01.01.2030 ausgesetzt.“*

- 15 • § 65 Abs. 1 ThürBO erhält eine neue geschaffene Nr. 5 mit folgendem
16 Wortlaut:

17 *„Wohngebäude in Geschossbauweise mit bis zu 5 Vollgeschossen“*

18 002 Die Minister:innen und Abgeordneten der SPD in Thüringen werden aufgefordert
19 sich für die Einführung eines Zweckentfremdungsverbot in angespannten
20 Wohnungsmärkten in Thüringen einzusetzen.

21 003 Die Minister:innen und Abgeordneten der SPD in Thüringen werden aufgefordert
22 sich für ein erhebliche Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau in
23 Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt einzusetzen und dabei die
24 bedarfsgerechte Versorgung mit barrierefreiem Wohnraum zu berücksichtigen. Bei

25 der Vergabe der Fördermittel sollen Unternehmen besonders gefördert werden, die
26 an ihre Eigentümer oder Anteilseigner keinerlei Gewinnausschüttung vornehmen,
27 sondern die Einnahmen direkt in den Bestand und Ausbau von Wohnungen
28 investieren. Davon ausgenommen sollen kommunale Unternehmen und Genossenschaften
29 sein. Einer besonderen Förderungen sollen Mehrfamilienhäuser mit zumindest 4
30 Vollgeschossen in serieller Bauweise unterliegen.

31

32 004 wir fordern die SPD Landtagsabgeordneten sowie den SPD Landesvorstand und
33 die SPD Mitglieder in der Landesregierung dazu auf, sich für die Verlängerung
34 der Mietpreisbremse über das Jahr 2025 hinaus einzusetzen.

P1 Die Partei muss ein sicherer Ort sein! Für ein neues Awareness-Konzept in der SPD Thüringen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Awareness-Arbeit ist der Schlüssel, um die Parteiarbeit und das Verbandsleben zu
2 einem sicheren Ort für alle zu machen. Insbesondere für FLINTA (Frauen, Lesben,
3 intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen)
4 ist die SPD Thüringen kein sicherer Ort. Nicht nur einmal mussten wir erleben,
5 wie Genoss:innen auf offener Bühne auf Landesparteitagen von anderen
6 Genoss:innen ausgebuht und beschimpft wurden. Nicht nur einmal mussten wir von
7 Genoss:innen erfahren, dass ihnen aus den Reihen der eigenen Genoss:innen
8 sexistisches, herabwürdigendes und diskriminierendes Verhalten entgegengebracht
9 wurde. Wir nehmen das nicht länger hin! Die Partei muss ein Ort sein, an dem
10 sich alle wohlfühlen und einbringen können.

11 Insbesondere als männlich geprägte Partei mit einer überwiegend männlichen
12 Mitgliedschaft, die die aktiven Ämter in unseren Reihen dominieren, müssen wir
13 hinterfragen, warum sich FLINTA nicht engagieren, ihr Engagement mit der Zeit
14 ruhen lassen oder der Partei endgültig den Rücken kehren. Deswegen fordern wir
15 die SPD Thüringen dazu auf, das bisher bestehende Awareness-Konzept kritisch zu
16 hinterfragen, zu evaluieren und zu verbessern. Die Verbesserungen müssen die
17 folgenden Maßnahmen enthalten.

18 Auf Landesparteitagen muss ein Awareness-Team zur Verfügung stehen, das im Fall
19 von sexistischem oder diskriminierendem Verhalten betroffenen Personen
20 angemessen zur Seite stehen kann.

- 21 • Das auf Landesebene bereits bestehende dauerhafte Awareness-Team muss
22 regelmäßig in seiner Besetzung aktualisiert werden.
- 23 • Außerdem muss es eine parteiinterne Öffentlichkeitskampagne über das Bestehen
24 und die entsprechenden Kontaktmöglichkeiten zum Awareness-Teams geben. Nur wenn
25 alle Mitglieder unseres Landesverbands von den Möglichkeiten des Awareness-Teams
26 wissen, kann der Sinn und Zweck des Bestehens des Awareness-Teams erreicht
27 werden.

P3 Soziales Profil schärfen – Debattenkultur der Thüringer SPD stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Landesvorstand wird beauftragt, ein strategisches Positionspapier zur
2 sozialen Gerechtigkeit für das zweite Jahrhundertquartal zu erarbeiten. In
3 diesem Papier sollen insbesondere die Veränderungen der Arbeitswelt durch
4 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, die Auswirkungen globaler Krisen und
5 Unsicherheiten sowie die besonderen Anliegen und Sorgen der arbeitenden Mitte in
6 Thüringen berücksichtigt werden. Ziel ist es, die soziale Gerechtigkeit unter
7 den Bedingungen des 21. Jahrhunderts neu zu definieren und klare
8 sozialdemokratische Antworten auf die Zukunftsängste breiter
9 Bevölkerungsschichten zu geben.

10 Darüber hinaus wird der Landesvorstand beauftragt, innerparteilich und in der
11 öffentlichen Debatte Formate zu entwickeln, die eine offene, kritische und
12 zugleich konstruktive Auseinandersetzung fördern.

13 Zugleich wird der Landesvorstand beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie die
14 Bevölkerung zeitgemäß in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden
15 kann. Dies soll sowohl durch neue digitale Beteiligungsformen als auch durch
16 innovative innerparteiliche Diskurse geschehen, um die Mitglieder stärker in die
17 politische Willensbildung einzubeziehen.